

Antrag an den 49. Bundesparteitag

C-01: Digitale Kommunikation BSG

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*
SACHGEBIET: *Bundesschiedsordnung*
KATEGORIE: *Hauptantrag*
BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/C-01)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, dass die Bundesschiedsordnung dahingehend geändert wird, dass der Schriftverkehr auch als Fax oder E-Mail akzeptiert (keine Papier-Ausfertigung mehr Pflicht ist) und daher folgende Ergänzung vorgenommen wird:

§ 35.5 Die Kommunikation des Bundesschiedsgerichts und mit dem Bundesschiedsgericht, bei der eine schriftliche Ausfertigung erfordert wird, kann auch per E-Mail oder Fax erfolgen. Eine dreifache Ausfertigung und/oder per Einschreiben ist in diesen Fällen nicht erforderlich.

BEGRÜNDUNG:

Da wir gegen jede Form von Verschwendung, Tierausbeutung und Umweltschädigung sind, möchten wir auch bei der parteiinternen Organisation und Beschaffung auf nachhaltig-ethische Kriterien achten.

Aktueller Stand:

§ 13.2 Das Ablehnungsgesuch muss bei dem angerufenen Schiedsgericht, dem das betreffende Mitglied angehört, innerhalb einer Woche nach Zustellung der Ladung schriftlich in dreifacher Ausfertigung eingereicht und hinreichend begründet werden. Beweise für das Ablehnungsgesuch sind dem Antrag in dreifacher Ausfertigung beizufügen.

§ 15.1 Das Verfahren wird vor dem angerufenen Schiedsgericht durch die Einreichung einer Klagschrift in dreifacher Ausfertigung eröffnet.

§ 15.3 Auch die zur Begründung dienenden Beweismittel müssen der Antragsschrift in dreifacher Ausfertigung beigelegt sein.

§ 16.1 Der Vorsitzende oder ein von ihm zu bestimmendes Mitglied des angerufenen

Schiedsgerichts hat nach Eingang der Antragsschrift und Feststellung der Antragsberechtigung den betroffenen Parteimitgliedern, dem betroffenen Gremium oder Organ (Antragsgegner) die Antragsschrift in einfacher Ausfertigung per Einschreiben unverzüglich zu übersenden.

§ 24.2 Der Beschluss bzw. das Urteil mit Begründung ist zusammen mit der Rechtsmittelbelehrung dem Antragsteller und dem Antragsgegner in einfacher Ausfertigung durch Einschreiben zuzustellen.

§ 26.2 Die Berufung unter Angabe der Gründe ist innerhalb von vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses schriftlich und in dreifacher Ausfertigung unter Hinzufügung des vorangegangenen Urteils einzulegen.



Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende



Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender



Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender

Antrag an den 49. Bundesparteitag
der PARTEI MENSCH UMWELT
TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrages:
**Prüfung der Befangenheit in der zweiten Kammer des
Bundesschiedsgerichts**

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, § 13.4
Bundesschiedsordnung neu zu fassen:

„Wird der Ausschluss eines Sachverständigen der zweiten Kammer des Bundesschiedsgerichts von der Ausübung seines Amtes wegen Besorgnis der Befangenheit von einem Verfahrensbeteiligten beantragt, entscheiden über den Antrag (Zustimmung zum Ausschluss oder Ablehnung des Antrags) jeweils der Bundesvorstand und der Rat der Landesvorstände bis zum Ende des 21. Tages nach Zustellung des Antrags beim angerufenen Schiedsgericht, dem das betreffende Mitglied angehört. Der Antrag auf Ausschluss ist erfolgreich, falls mindestens eines dieser Gremien dem Ausschluss innerhalb der Frist zustimmt und keines dieser Gremien den Antrag innerhalb der Frist ablehnt (eine verspätete Entscheidung hat keinen Effekt). In den Fällen, in denen der Bundesvorstand oder der Rat der Landesvorstände selbst Antragsteller (in Bezug auf den Ausschluss) ist, ist dieses Gremium von der Entscheidung über den Antrag ausgeschlossen; dann ist für den Erfolg des Antrags die Zustimmung des jeweils anderen Gremiums erforderlich. Ein Einspruchsrecht gegen die Entscheidung über den Ausschluss gibt es nicht.“

Begründung:

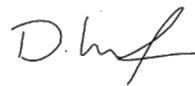
Der Bezug auf den „Rat der Landesvorsitzenden“, der inzwischen „Rat der Landesvorstände“ heißt, ist veraltet. Die bisherige Regelung ist außerdem viel zu unkonkret in Bezug auf die Abstimmungsauswertung. Weil in diesem Fall auch keine Instanz vorhanden ist, die im laufenden Verfahren für die verbindliche Auslegung dieser Regelung zuständig wäre, gelten besonders strenge Konkretisierungsanforderungen.



Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende
11886



Bernd Kriebel
Bundesvorsitzender
12511



Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender
13882

Anhang

Alte Version von § 13.4 Bundesschiedsordnung:

„Wird der Ausschluss eines Sachverständigen der zweiten Kammer des Bundesschiedsgerichts von der Ausübung seines Amtes wegen Besorgnis der Befangenheit von einem Verfahrensbeteiligten beantragt, entscheidet darüber der Bundesvorstand gemeinsam mit dem Rat der Landesvorsitzenden (gleiches Stimmrecht pro Gebietsverband) innerhalb einer Frist von 3 Wochen ab dem Tag des Zugangs des Antrages. Ein Einspruchsrecht gegen diese Entscheidung gibt es nicht.“



**PARTEI MENSCH
UMWELT TIERSCHUTZ**

Antrag an den 49. Bundesparteitag 23./24. November 2024 der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ - Tierschutzpartei -

Antragstellend (zutreffendes markieren und ggf. spezifizieren):

Bundes- vorstand	Gebiets- vorstand	Rat der Landes- vorstände	mind. 10 Mitglieder	Mitglieder- versammlung	Schieds- gericht	Initiativ- antrag
	X					

Betrifft (zutreffendes markieren und ggf. spezifizieren):

Bundes- satzung	Bundes- finanz- ordnung	Bundes- schieds- ordnung	Wahl- ordnungen	GO zum BPT	Grundsatz- programm	Wahlpro- gramm	Sonstiges
	X						

Titel des Antrags:	Unterstützung für Reisekosten zu Bundesparteitagen
---------------------------	--

Antragstext:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, dass Mitgliedern, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt, die Fahrtkosten (z.B. per Bahn) zu Präsenzparteitagen durch den Bundesverband auf Antrag zu erstatten sind.

Folgender Passus wird in der Bundesfinanzordnung als § 10.11 eingefügt:

„Im jährlich zu erstellenden Wirtschaftsplan ist eine Position für Fahrgelderstattungen in geschätzter Höhe darzustellen. Im Rechenschaftsbericht ist mitzuteilen, wie hoch die Ausgaben für die Fahrtkosten für einkommensschwache Parteimitglieder tatsächlich waren.“

Die Armutsgrenze definiert ein monatliches Einkommen, das geringer ist, als 60 Prozent des mittleren Netto-Haushaltseinkommens in Deutschland. Für die Fahrt muss das günstigste zumutbare Verkehrsmittel mit einer zumutbaren Fahrtzeit gewählt werden.

Zusammen mit dem Antrag müssen entsprechende Kostennachweise und ein Nachweis des monatlichen Einkommens des Parteimitglieds vorgelegt werden.

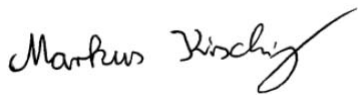
Als Nachweis des monatlichen Einkommens können beispielsweise eine eidesstattliche Versicherung, ein Bescheid über Wohn- oder Bürgergeld oder ähnliche Nachweise dienen.

BEGRÜNDUNG:

In Deutschland leben ca. 14 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Das sind ca. 16% der Bevölkerung Deutschlands. Wenn wir das auf unsere 2300 Parteimitglieder umrechnen, würde das ca. 370 Mitglieder betreffen.

Viele von ihnen würden gern zu Parteitagen anreisen, jedoch ist ihnen dies durch ihre finanziellen Möglichkeiten verwehrt.

Wenn wir für die armen Menschen in unserem Land eintreten wollen, dann sollten wir mit diesem Versprechen zuerst bei uns selbst beginnen.



Markus Kirschning



Christiane Müller-Schmolt



Jan Bärenfeldt



**PARTEI MENSCH
UMWELT TIERSCHUTZ**
Rheinland-Pfalz

Antrag an den 49. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrages: Erweiterung von § 18 Haushaltspläne der Bundesfinanzordnung.

Antragsteller: Landesverband Rheinland-Pfalz.

Antrag: Der Bundesparteitag möge beschließen, dass der in der Bundesfinanzordnung stehende Paragraf §§18 Haushaltspläne um den §18.6 Haushaltsdisziplin nach dem §18.5 wie folgt ergänzt wird: §18.6 Haushaltsdisziplin: Auf der Kreis-, Landes- und Bundesebene getroffene Beschlüsse, die das Budget des aktuell gültigen Haushaltsplanes der Bundespartei, der Kreis- und Landesverbände übersteigen, sind, ohne dass eine Anpassung im aktuell gültigen Haushaltsplan vorgenommen und von der Bundesschatzmeisterin bzw. dem Bundesschatzmeister geprüft und freigegeben werden, ungültig.

Begründung: solange die Landesverbände nicht über eigene Konten verfügen, fallen Kosten, die aus einer finanziellen Schieflage der Bundes-, Landes- und Kreisebene entstehen, auf die Gesamtpartei zurück. Dies ist um so mehr zu befürchten, wenn einzelne Kreis- und Landesverbände in Unkenntnis ihrer eigenen finanziellen Situation Beschlüsse fassen, die zu einer "Kollektivhaftung" der Bundespartei und der Landesverbände führen können, da nur ein Gesamt- Parteien- Konto bei der Bank geführt wird. Hierbei werden alle bestraft und in ihren Möglichkeiten, etwa Wahlkampf zu betreiben, eingeschränkt. Deshalb ist es mehr als vernünftig, dass alle Ebenen sich an die Haushaltsdisziplin halten.


Bernd Kriebel (12511)

1. Landesvorsitzender


Barbara Schwarz (11943)

2. Landesvorsitzende


Manuela Baker-Kriebel (13607)

Landesgeschäftsführerin



Antrag an den 49. Bundesparteitag

O-01: Offizielle Kommunikations- und Arbeitsplattform

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*

SACHGEBIET: *Sonstiges*

KATEGORIE: *Hauptantrag*

BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/O-01)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, dass das offizielle parteiinterne Kommunikations- und Arbeitstool ab dem 1. Dezember 2024 ausschließlich die Campai-App (Campai-Portal) ist. Alle anderen bisherigen Kommunikationstools wie z.B. WhatsApp- oder Facebookchats oder -gruppen, Loxonet, Slack, Signal, Pumble, Mattermost usw. werden geschlossen bzw. sind keine offiziellen Partei-Kommunikationstools mehr.

BEGRÜNDUNG:

Der Beschluss ist notwendig, damit wir eine zentrale Plattform für die parteiinterne Kommunikation haben, damit die Kommunikation sicherer, übersichtlicher und einfacher wird und die Teilnehmenden zentral aktuell gehalten werden können.


Paula Lopez-Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender


Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender

Antrag an den 49. Bundesparteitag *O-02: Stellenausschreibungen*

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*
SACHGEBIET: *Sonstiges*
KATEGORIE: *Hauptantrag*
BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/O-02)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, dass (eine) bezahlte Stelle(n) für die Bereiche Social Media und IT geschaffen werden. Das monatliche Budget soll insgesamt 1500 EUR (AG-brutto) nicht überschreiten. Die Stelle(n) sollen durch den Bundesvorstand ausgeschrieben, möglichst bereits 2024 besetzt und nach einem Jahr evaluiert und ggf. verlängert werden.

BEGRÜNDUNG:

Wir benötigen in diesen beiden Bereichen Mitarbeitende, die kontinuierlich und professionell Content für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei erstellen und/oder Aufgaben in der IT bearbeiten. Letztere Stelle bzw. letzterer Aufgabenbereich kann je nach Spezialisierung und Fertigkeiten auf die jeweilige Person zugeschnitten werden.



Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende



Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender



Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender



Antrag an den 49. Bundesparteitag *O-03: BAK Queer*

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*
SACHGEBIET: *Sonstiges*
KATEGORIE: *Hauptantrag*
BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/O-05)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, den Bundesarbeitskreis LSBTTIQ in Bundesarbeitskreis Queer umzubenennen.

BEGRÜNDUNG:

Die bisherige Abkürzung ist sehr unüblich und schließt nicht alle Personengruppen ein. Der Überbegriff Queer ist gängiger und inklusiver.



Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende



Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender



Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender

Antrag an den 49. Bundesparteitag

O-04: Cloud

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*
SACHGEBIET: *Sonstiges*
KATEGORIE: *Hauptantrag*
BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/O-06)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, dass der Bundesvorstand oder eine von ihm beauftragte Arbeitsgruppe ein Ablagesystem für eine Cloud und eine Systematik für die Dateinamen entwickelt und implementiert.

BEGRÜNDUNG:

In der Cloud ist momentan keine Systematik bezüglich Reihenfolge der Ordner, der zeitlichen Organisation oder der Namensgebung erkennbar. Dieses macht das Auffinden von Information sehr schwierig und zeitaufwändig.

Dieses System besteht aus einer Regel für die Reihenfolge der Ordner und einer Regel für die Namensgebung der Ordner.

Beispiel Reihenfolge: Momentan erscheint beim Öffnen der Cloud eine Liste von Ordnern, die thematisch keine Systematik erkennen lassen. So steht beispielsweise gerade der Ordner "1A Kochbücher (vegan, köche-nord.de) an dritter Stelle, danach erst folgt der Ordner "42. Bundesparteitag".

Beispiel Zeit des Updates: An erster Stelle ist momentan ein Ordner, der vor einem Jahr geändert wurde, sehr viel weiter unten ein Ordner, der "vor wenigen Augenblicken" aktualisiert wurde.

Namensgebung: Einige Ordnernamen erlauben nicht einmal eine Hypothesenbildung, was ihr Inhalt sein könnte. Dieser Antrag fördert das Ziel "effiziente Organisation", das in der Präambel der Satzung auf S.8 festgelegt ist.

Jeder Dateiname soll informativ sein und ein schnelles Auffinden von Informationen ermöglichen. Der Dateiname folgt einer Syntax, z.B. Thema, Verfasser, Datum. In der E-Mail zu neuen Cloud-Updates wird auch immer der Dateiname angegeben. So kann ein aussagekräftiger Dateiname den Mitgliedern bereits beim Lesen der E-Mails helfen zu entscheiden, ob das Update für das jeweilige Mitglied dringend und wichtig ist. Dieser Antrag fördert das Ziel "effiziente Organisation", das in der Präambel der Satzung auf S. 8 festgelegt ist.



Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende



Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender



Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender



Antrag an den 49. Bundesparteitag

O-05: Gründung des BAK Agrarwende/Transformation

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*

SACHGEBIET: *Sonstiges*

KATEGORIE: *Hauptantrag*

BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/O-07)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt die Gründung des Bundesarbeitskreises "Agrarwende/Transformation".

BEGRÜNDUNG:

Mit das zentralste Anliegen unserer Partei ist die Agrarwende hin zu einer biozyklisch-veganen Landwirtschaft. Um die entsprechende Expertise zu organisieren, möchten wir daher einen Bundesarbeitskreis ins Leben rufen, in dem sachkundige Mitglieder sowie Expert:innen aktiv sind und Info-Material erstellen, Veranstaltungen organisieren und beratend tätig sind.


Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender


Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender



BUNDESSCHIEDSGERICHT

1. Kammer

Änderungsantrag zum Antrag "Gründung des BAK Agrarwende/Transfarmation" an den 49. Bundesparteitag

Antragsteller: 1. Kammer Bundesschiedsgericht

Änderungsantrag (**s.blau**):

"Der 49. BPT beschließt die Gründung des BAK
"Agrarwende/Trans**FARM**ation"

Begründung:

Ohne deutliche Hervorhebung "FARM" liest sich das Wort
"Transfarmation" wie ein Schreibfehler und die Vermutung liegt nahe,
dass eigentlich das Wort "Transformation" gemeint gewesen wäre.

Sonnenbühl, 01.11.2024

Bernhard Martin
- Vorsitzender -

Dr. Heidi Stümges

Arne Oellrich



Antrag an den 49. Bundesparteitag

O-06: Digitale Mitgliedsausweise

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*
SACHGEBIET: *Sonstiges*
KATEGORIE: *Hauptantrag*
BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/O-09)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, dass Mitgliedsausweise sowohl in Papierform als auch in digitaler Form (über Campai auszustellen) gültig sind. Die virtuellen Ausweise sind zu bevorzugen und die Papierausweise nur noch als Ausnahme neu auszugeben.

BEGRÜNDUNG:

Da wir gegen jede Form von Verschwendung, Tierausbeutung und Umweltschädigung sind, möchten wir auch bei der parteiinternen Organisation und Beschaffung auf nachhaltig-ethische Kriterien achten.


Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender


Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender

Antrag an den 49. Bundesparteitag

O-07: Entschuldung LV Hamburg

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*
SACHGEBIET: *Sonstiges*
KATEGORIE: *Hauptantrag*
BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/O-12)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, dass der Landesverband Hamburg jährlich um 4.000 Euro entschuldet wird, bis der Saldo des Landesverbands erstmalig durch diese oder weitere Maßnahmen ausgeglichen ist oder der Landesvorstand Hamburg (bzw. das Bundespräsidium) die Entschuldung vorher für beendet erklärt. Der finanzielle Ausgleich wird zum Ende eines Jahres vorgenommen und wird bilanziell den anderen Landesverbänden anteilig gemäß ihres Reinvermögens zugeschrieben.

BEGRÜNDUNG:

Der Landesverband Hamburg ist vor zehn Jahren durch Vorsatz einer Person verschuldet worden. Dadurch ist die Handlungsfähigkeit des Landesverbands bis heute massiv eingeschränkt, obwohl es viel Potenzial in diesem Landesverband gibt und die Aktiven nichts für die Situation können. Um den Neustart zu ermöglichen, ist eine Entschuldung vonnöten.


Paula Lopez-Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender


Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender



BUNDESSCHIEDSGERICHT

1. Kammer

Antrag an den 49. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrags: Einrichtung eines selbstständigen BAKs Ethik

Antragsteller: 1. Kammer Bundesschiedsgericht

Antrag:

**Der Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen,
einen BAK Ethik einzurichten.**

Begründung:

Ethik ist die Grundlage unseres gesamten Grundsatzprogramms und bedarf dringend einer viel größeren Aufmerksamkeit in unserer Partei.

Durch den Namen Veganismus/Tierrechte/Ethik des existierenden BAKs erscheint sich die Ethik schwerpunktmäßig auf die zwei zuvor genannten Begriffe zu reduzieren.

Das wird der Bedeutung der Ethik keinesfalls gerecht, wie wir zuletzt an fälligen Parteidiskussionen z.B. zu Krieg und Waffenlieferungen erleben mussten.

Sonnenbühl, 25.10.2024

Bernhard Martin
- Vorsitzender -

Miruna Xenocrat
stellvertr. Vorsitzende



Arne Oelrich



Dr. Heidi Stümges

(Hinweis an die AK: Antrag wortgleich wie bereits zum 48ten BPT eingereicht.)



Landesverband Bremen

Vorsitzender:

Dr. Marcel Krohn

26131 Oldenburg

Hundsmühler Str. 97 a

Mobil: 0178 4450544

Mail: marcel-krohn@tierschutzpartei.de

Tierschutzpartei, LV Bremen

Geschäftsstelle: M. Krohn, Hundsmühler Str. 97a, 26131 Oldenburg

Bundesgeschäftsstelle der Partei Mensch Umwelt Tierschutz

25.10.2024

Antrag an den 49. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Antragstitel: Bedingungen für die Antragseinreichung durch den Bundesvorstand

Antragsteller: Vorstand des Landesverbandes Bremen

Antrag:

Der Bundesvorstand darf Anträge nur einreichen, sofern mindestens 96 Stunden Zeit für die Meinungsbildung und Diskussion über die Antragstexte innerhalb des Vorstandes gegeben und im Anschluss für jeden Antrag eine gesonderte Abstimmung durchgeführt wurde. Ebenso darf der Bundesvorstand keine Antragsvorlagen eines anderen Parteigremiums oder eines einzelnen Mitglieds als eigene Anträge einreichen, wenn die genannten Bedingungen einer Frist von 96 Stunden für die Meinungsbildung und Diskussion sowie einer darauf folgenden Einzelabstimmung nicht gegeben waren. Eine Antragsvorlage, die nicht von Vorstandsmitgliedern entwickelt wurde, soll immer nur als Grundlage dienen, die offen ist für inhaltliche Modifizierungen.

Begründung: Alle vom BuVo eingereichten Anträge sollten so gestellt werden, dass jedes Vorstandsmitglied Zeit finden kann, die Texte zu lesen und zu diskutieren. Zudem sollte ein Antragstext, der nicht im Vorstand entwickelt wurde, nur übernommen und als eigener Antrag eingereicht werden, wenn wirklich eine Mehrheit hinter dem Antrag steht. Grundsätzlich sollten alle potentiellen Antragsteller gleiche Chancen haben; keiner sollte bevorzugt werden, indem der BuVo seinen:ihren Antrag – womöglich sogar ohne jegliche Änderung - einreicht.

Für den Vorstand:

Marcel Krohn
Vorsitzender

Antrag an den 49. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrags: Unterstützung des internationalen Abkommens Fossil Fuel Treaty.

Antragsteller: Landesvorstand Baden-Württemberg

Antrag: Der Bundesparteitag der PARTEI MENSCH, UMWELT, TIERSCHUTZ - TIERSCHUTZPARTEI möge beschließen, den Bundesvorstand zu beauftragen, dass sich die Partei der internationalen Initiative für einen Vertrag eines FOSSIL FUEL TREATY anschließt.

Begründung: Nach jahrzehntelangen Klimaverhandlungen sind die fossilen Brennstoffe endlich in den Mittelpunkt gerückt worden. Trotzdem genehmigen viele Regierungen immer noch neue Kohle-, Öl- und Gasprojekte - und gefährden damit unsere Chancen, die Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen.

Es braucht jetzt einen konkreten, verbindlichen Plan, um die Ausweitung neuer Kohle-, Öl- und Gasprojekte zu beenden und einen globalen Übergang weg von fossilen Brennstoffen zu schaffen.

Um die Menschen vor der Bedrohung zu schützen, die fossile Brennstoffe für unser Klima, unsere Gesundheit und unsere Zukunft darstellen, bemüht sich ein wachsender Block von 13 Ländern um ein Verhandlungsmandat für einen Vertrag über fossile Brennstoffe.

Der vorgeschlagene Vertrag würde das Pariser Abkommen ergänzen, indem er den globalen Fahrplan liefert, der erforderlich ist, um die Ausbreitung fossiler Brennstoffe zu stoppen, einen gerechten Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas zu bewerkstelligen und die Grundlagen für eine wirklich gerechte Energiewende zu schaffen, bei der kein Arbeitnehmer, keine Gemeinschaft und kein Land zurückgelassen wird.

Ein Block pazifischer Nationen unter der Führung von Vanuatu und Tuvalu haben die Nationalstaaten aufgefordert, sich ihnen bei der Ausarbeitung eines Vertrags über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe anzuschließen.

Unterstützt wurden sie dabei von der Weltgesundheitsorganisation, dem Europäischen Parlament und Tausenden von anderen Regierungen, Kommunen, Initiativen, Parteien, Bewegungen, Organisationen, Unternehmen und Einzelpersonen.

Die Initiative zum Vertrag über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe ist eine globale Anstrengung zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit, um den Übergang zu erneuerbaren Energien für alle zu beschleunigen, die Expansion von Öl-, Gas- und Kohleförderung zu beenden und die bestehende Produktion abzubauen im Einklang mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Bewältigung der Klimakrise.

Die Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty Initiative baut eine Bewegung auf für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und eine gerechte Energiewende. Ihr gehören mehr als 2.000 zivilgesellschaftliche Organisationen, Forschungseinrichtungen, Nobelpreisträger:innen, Gesundheits- und Jugendorganisationen, indigene Völker und Regierungen an. Sie entwickelt Forschungsarbeiten, um über die Gefahren der fossilen Brennstoffproduktion aufzuklären, gerechte Wege zum Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle hin zu erneuerbaren Energien und anderen kohlenstoffarmen Lösungen aufzuzeigen und diplomatische Bemühungen für einen formellen Vertrag über fossile Brennstoffe anzuregen und zu unterstützen.

Die Initiative zum Vertrag über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe ist aus der Lofoten-Erklärung und dem globalen Gas- und Öl-Netzwerk (GGON) hervorgegangen, an denen zahlreiche zivilgesellschaftliche und akademische Partner aus dem globalen Süden und Norden beteiligt sind.

Mehr Infos: <https://fossilfuel treaty.org/>



Vorsitzender (Bastian Röhm)



Vorsitzende (Miriam Broux)



Antrag an den 49. Bundesparteitag

P-01: Organspende

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*
SACHGEBIET: *Grundsatzprogramm*
KATEGORIE: *Hauptantrag*
BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/P-01)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt folgende Ergänzung des Grundsatzprogramms:

3.4 Organspende

Wir setzen uns für eine europaweite Widerspruchslösung ein, da nur so gewährleistet ist, dass ausreichend Organspenden vorhanden sind. Begleitet werden muss die Einführung mit einer Aufklärungskampagne, sodass fundierte individuelle Entscheidungen getroffen werden können. Eine Form von verpflichtender Entscheidungslösung oder gar die Zustimmungslösung sowie nationale Begrenzungen wären nicht ausreichend.

BEGRÜNDUNG:

Aus vielfältigen Gründen ist es notwendig, die Anzahl an Transplantationen zu erhöhen. Jeden Tag sterben Menschen, weil sie keine Organspende erhalten. Zudem werden oft Organe von Tieren verwendet, was wir nicht befürworten. Die Widerspruchslösung ist mittlerweile in mehreren Ländern eingeführt worden und weist eine positive Bilanz auf.


Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender


Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender



Antrag an den 49. Bundesparteitag *P-02: Verbot Kurzstreckenflüge*

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*
SACHGEBIET: *Grundsatzprogramm*
KATEGORIE: *Hauptantrag*
BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/P-02)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, im Grundsatzprogramm folgenden Passus unter 6.5. Verkehr zu ergänzen:

„Wir sprechen uns gegen kurze Inlandsflüge aus. Hierbei folgen wir dem Beispiel Frankreichs, das Anfang 2023 kurze Inlandsflüge, dessen Ziele man in unter 2,5 Stunden auch mit einem Zug erreichen könnte, verboten haben.“

BEGRÜNDUNG:

Flüge sind enorm klimaschädlich und insbesondere Inlandsflüge müssen daher durch klimafreundlichere Mobilität ersetzt werden. Ein Verbot von bestimmten Kurzstrecken erhöht zudem den Druck, die klimafreundlicheren Möglichkeiten auszubauen.


Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender


Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender



BUNDESSCHIEDSGERICHT

1. Kammer

Änderungsantrag zum Antrag "Verbot Kurzstreckenflüge" an den 49. Bundesparteitag

Antragsteller: 1. Kammer Bundesschiedsgericht

Änderungsantrag (s.blau):

"Wir sprechen uns gegen kurze Inlandsflüge aus, **sofern der Antrieb auf Basis fossiler Energien beruht.....**"

Begründung:

Im Antrag wird stillschweigend vorausgesetzt, dass unverändert Kerosin u.ä. als Flugantrieb benötigt wird. Damit begrenzen wir uns unnötig in unserem Denken. Nicht die Kurzflugstrecke an sich ist das hauptsächliche Problem, sondern der z.Z. eingesetzte fossile Antrieb. Unser GSP sollte zukunftsweisend sein und die Verfügbarkeit eines zukünftigen zero-Emissionsantrieb vorausdenken.

Sonnenbühl, 01.11.2024

Bernhard Martin
- Vorsitzender -

Dr. Heidi Stümges



Arne Oelrich

Antrag an den 49. Bundesparteitag

P-03: Streichung des absoluten Auslandseinsatzverbots

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*
SACHGEBIET: *Grundsatzprogramm*
KATEGORIE: *Hauptantrag*
BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/P-10)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, im Kapitel 12.1 des Grundsatzprogramms den Stichpunkt „die Bundeswehr ausschließlich der Verteidigung und Friedenssicherung dient und nicht für Auslandseinsätze zur Verfügung steht“

zu ändern in:

„die Bundeswehr ausschließlich der Verteidigung und Friedenssicherung dient“

BEGRÜNDUNG:

Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab und betonen daher weiterhin, dass jegliche Aktivitäten der Bundeswehr immer auf die Friedenssicherung ausgerichtet sein müssen. Aber auch außerhalb der NATO können in Ausnahmefällen extremer Gewalt wie bei Völkermord oder ethnischen Säuberungen begrenzte Einsätze dazu beitragen, tausende Leben von Menschen und nichtmenschlichen Tieren zu retten. Auch damit vergangene Kriege nicht wieder ausbrechen, muss die Beteiligung an UN-Friedensmissionen möglich sein.

Aktueller Stand:

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ – Tierschutzpartei – setzt sich dafür ein, dass

- *alle entstehenden Konflikte zwischen Staaten und Staatengemeinschaften ausschließlich durch Verhandlungen gelöst werden,*
- *die Bundeswehr ausschließlich der Verteidigung und Friedenssicherung dient und nicht für Auslandseinsätze zur Verfügung steht,*
- *Strategien entwickelt und angewandt werden, die es ermöglichen, entstehende Störungen zwischen den Staaten frühstmöglich zu erkennen und auf friedlichem Wege beizulegen, oder einen Zustand herbeizuführen, der eine friedliche Lösung zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht,*
- *die Staaten der so genannten Dritten Welt (TRIKONT-Länder) durch gezielte Unterstützung in die Lage versetzt werden, ihre staatliche Selbstständigkeit, ihre Wirtschaft, Bildung und Ausbildung ihrer Bürger in eigener Verantwortung zu entwickeln,*

- *alle Verhandlungen und zwischenstaatlichen Vereinbarungen sowohl die Rechte der Menschen als auch gleichgewichtig die Rechte der Tiere und der Umwelt berücksichtigen,*
- *der zwischenstaatliche Handel mit den Produkten gefördert wird, die in den jeweiligen Volkswirtschaften auch wirklich für die dort lebenden Bürger/innen benötigt werden.*


Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender


Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender

Antrag an den 49. Bundesparteitag

P-04: Streichung des absoluten Auslandseinsatzverbots

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*
SACHGEBIET: *Grundsatzprogramm*
KATEGORIE: *Hauptantrag*
BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/P-11)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, im Kapitel 12.1 des Grundsatzprogramms den Stichpunkt „die Bundeswehr ausschließlich der Verteidigung und Friedenssicherung dient und nicht für Auslandseinsätze zur Verfügung steht“

zu ändern in:

„die Bundeswehr ausschließlich der Verteidigung und Friedenssicherung dient und außerhalb der NATO nur zur Friedenssicherung und nur nach Erteilung eines entsprechenden Mandats der Vereinten Nationen eingesetzt werden darf“

BEGRÜNDUNG:

Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab und betonen daher weiterhin, dass jegliche Aktivitäten der Bundeswehr immer auf die Friedenssicherung ausgerichtet sein müssen. Aber auch außerhalb der NATO können in Ausnahmefällen extremer Gewalt wie bei Völkermord oder ethnischen Säuberungen begrenzte Einsätze dazu beitragen, tausende Leben von Menschen und nichtmenschlichen Tieren zu retten. Auch damit vergangene Kriege nicht wieder ausbrechen, muss die Beteiligung an UN-Friedensmissionen möglich sein.

Aktueller Stand:

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ – Tierschutzpartei – setzt sich dafür ein, dass

- *alle entstehenden Konflikte zwischen Staaten und Staatengemeinschaften ausschließlich durch Verhandlungen gelöst werden,*
- *die Bundeswehr ausschließlich der Verteidigung und Friedenssicherung dient und nicht für Auslandseinsätze zur Verfügung steht,*
- *Strategien entwickelt und angewandt werden, die es ermöglichen, entstehende Störungen zwischen den Staaten frühstmöglich zu erkennen und auf friedlichem Wege beizulegen, oder einen Zustand herbeizuführen, der eine friedliche Lösung zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht,*
- *die Staaten der so genannten Dritten Welt (TRIKONT-Länder) durch gezielte Unterstützung in die Lage versetzt werden, ihre staatliche Selbstständigkeit,*

ihre Wirtschaft, Bildung und Ausbildung ihrer Bürger in eigener Verantwortung zu entwickeln,

- *alle Verhandlungen und zwischenstaatlichen Vereinbarungen sowohl die Rechte der Menschen als auch gleichgewichtig die Rechte der Tiere und der Umwelt berücksichtigen,*
- *der zwischenstaatliche Handel mit den Produkten gefördert wird, die in den jeweiligen Volkswirtschaften auch wirklich für die dort lebenden Bürger/innen benötigt werden.*


Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender


Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender

Änderungsantrag an den 49.
Bundesparteitag der PARTEI MENSCH
UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrages:
**Konkretisierung der Formulierung
„außerhalb der NATO“**

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, im Antrag P-04 die Wörter „außerhalb der NATO“ durch „außerhalb des NATO-Gebiets“ zu ersetzen.

Begründung:

Die ursprüngliche Formulierung „außerhalb der NATO“ hat sich als missverständlich erwiesen. Mit dem Hauptantrag gemeint war das NATO-Gebiet und nicht die NATO-Kommandostrukturen.

Der vorliegende Antrag äußert sich nicht zu einer möglichen Beistandspflicht Deutschlands für den Fall, dass das NATO-Gebiet von außen angegriffen wird.

Der vorliegende Antrag möchte jedoch klarstellen, dass jedenfalls für Bundeswehreinätze außerhalb des NATO-Gebiets außerordentlich hohe Hürden gelten müssen.

Bernd Kriebel
Bundesvorsitzender
12511

Evgeni Kivman
Bundesgeschäftsführer
10265

Anhang

Der Hauptantrag möchte ins Grundsatzprogramm die Forderung schreiben, dass

„die Bundeswehr ausschließlich der Verteidigung und Friedenssicherung dient und **außerhalb der NATO** nur zur Friedenssicherung und nur nach Erteilung eines entsprechenden Mandats der Vereinten Nationen eingesetzt werden darf“

Antrag an den 49. Bundesparteitag

P-05: Streichung EU-skeptischer Formulierungen

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*
SACHGEBIET: *Grundsatzprogramm*
KATEGORIE: *Hauptantrag*
BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/P-12)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, im Kapitel 12.2 des Grundsatzprogramms die Zwischenüberschrift

- „Keine europäische Integration um jeden Preis“

und die Sätze

- „Ein solidarischer Neuanfang des europäischen Projekts ist daher dringend geboten.“
- „Es besteht die Gefahr, dass eine weitere EU-Integration und EU-Erweiterung zu stärkerer wirtschaftlicher Konzentration sowie zur Warenüberproduktion führt.“
- „Um derartigen bedenklichen und nur schwer umkehrbaren Entwicklungen entgegenzuwirken, wenden wir uns gegen eine unkritische europäische Integration.“

zu streichen.

BEGRÜNDUNG:

Unabhängig davon, wie man zu den Punkten steht, sollte nicht der falsche Eindruck einer EU-skeptischen Ausrichtung entstehen.

Aktueller Stand:

"12.2 Europäische Integration

Die Europäische Union hat Europa und seine Menschen zusammenwachsen lassen und entscheidend dazu beigetragen, dass ein Krieg zwischen ihren Mitgliedsstaaten für uns nahezu unvorstellbar geworden ist. Die Menschen Europas begegnen sich heute ohne Vorbehalte und auf gleicher Augenhöhe. Das war nicht immer so. Nach den schrecklichen Erfahrungen der letzten beiden Weltkriege sollte dieser Aspekt niemals vergessen werden! Europa als ein Staatenverbund des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit, des Rechts und des Wohlstands seiner Bevölkerung ist eine unschätzbare, epochale Errungenschaft.

Die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der EU soll verstärkt werden, denn nur wenn Europa geschlossen auftritt, hat seine Stimme Gewicht und die EU die Möglichkeit, für ihre Ideale wie Frieden, Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Tierschutz auch außerhalb Europas glaubwürdig einzutreten. Die Abschottung und Kooperationsverweigerung einzelner europäischer Staaten hat in der jüngsten Vergangenheit zu Verwerfungen, Krisen und Unsicherheit geführt. *Ein solidarischer Neuanfang des europäischen Projekts ist daher dringend geboten.*

Keine europäische Integration um jeden Preis

Allerdings sind der zunehmende Lobbyismus und die Tendenz, die Interessen der Industriekonzerne, Wirtschaftsverbände und Großbanken höher zu gewichten als ökologische Zusammenhänge und ethische Grundsätze, abzulehnen. *Es besteht die Gefahr, dass eine weitere EU-Integration und EU-Erweiterung zu stärkerer wirtschaftlicher Konzentration sowie zur Warenüberproduktion führt.* Durch Konzentration werden kleinere Betriebe verdrängt und immer größere Betriebe produzieren mit billigeren Arbeitskräften kostengünstiger mehr Waren, die dann über weite Wege zum Verbraucher transportiert werden müssen. Negatives Beispiel für Entwicklungen, die durch die europäische Integration herbeigeführt wurden, ist der fortschreitende Rückgang der bäuerlichen Landwirtschaft durch die Begünstigung von agrar-industriellen Großbetrieben. Dadurch nehmen gleichzeitig die Chancen ab, gegen unerwünschte Folgen dieser Entwicklung – wie Intensivtierhaltung, umweltschädlicher Dünger- und Pestizideinsatz – wirkungsvoll vorzugehen. Nationale Alleingänge mit entsprechenden Importschranken werden schwieriger, ohne dass sich EU-weite Lösungen abzeichnen.

Um derartigen bedenklichen und nur schwer umkehrbaren Entwicklungen entgegenzuwirken, wenden wir uns gegen eine unkritische europäische Integration. Ein besonderes Anliegen ist uns, dass bei der Festschreibung von europaweiten Mindeststandards in ökologischer, sozialer oder tierschützerischer Hinsicht die Möglichkeit offen bleibt, auf nationaler Ebene strengere Maßstäbe anzulegen (z.B. eine auffallende Kennzeichnungspflicht für Produkte aus tierquälerischer Haltung).

Anstatt unter Hinweis auf EU-weit „notwendige“ Vereinbarungen untätig zu bleiben, sollte Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen und zügig überfällige Maßnahmen durchsetzen: Mit seinem politischen Gewicht als größter EU-Beitragszahler sollte unser Land seinen Einfluss geltend machen und die Einstellung der skandalösen EU-Subventionen für die europäische Fleischwirtschaft (Massentierhaltung, Export lebender Tiere) fordern. Die dadurch frei werdenden finanziellen Mittel sollten dem ökologischen und insbesondere dem bio-veganen Landbau zugute kommen."


Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender


Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender



BUNDESSCHIEDSGERICHT

1. Kammer

Antrag an den 49. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrags: Erweiterung des GSP unter 10. Digitalisierung um den Passus "Recht auf analoges Leben"

Antragsteller: 1. Kammer Bundesschiedsgericht

Antrag:

Der Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen, das GSP unter 10. Digitalisierung zu erweitern (siehe [blau](#))

"...Um die Digitalisierung voranzutreiben, soll es für die Bürger:innen noch einfacher werden, mit öffentlichen Verwaltungen in Kontakt zu treten und Behördengänge komplett und unkompliziert online zu erledigen. Die Möglichkeit der persönlichen Vorsprache in Behörden muss für die Bürger:innen jedoch erhalten bleiben. Die Verwaltungen untereinander müssen möglichst papierlos, aber unter höchsten Sicherheits- und Datenschutzvorkehrungen, zusammenarbeiten. Es muss zudem ein Recht auf Home Office geben, sofern tatsächliche betriebliche Gründe nicht dagegen sprechen.

Andererseits muss im Sinne der Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben immer auch alternativ ein nicht-digital-basierte Möglichkeit angeboten sein. Die voranschreitende Digitalisierung darf sich nicht zum Digitalzwang ausdehnen."

Begründung:

Bereits heute ist es verschiedenen Orts unmöglich ohne internetfähigem Handy am Gesellschaftsleben teilzunehmen, seien es beispielsweise Fahrten mit dem ÖPNV oder Eintritt zu Veranstaltungen oder Sportstätten. Es muss vorgebeugt werden, dass nicht ein Zwang zur Digitalisierung ausgeübt wird, um Menschen in allen Lebenslagen Teilhabe zu gewährleisten.

Sonnenbühl, 25.10.2024



Bernhard Martin
- Vorsitzender -



Miruna Xenocrat
stellvertr. Vorsitzende



Arne Oelrich



Dr. Heidi Stümges



BUNDESSCHIEDSGERICHT

1. Kammer

Antrag an den 49. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrags: Ergänzung des Grundsatzprogramms im Punkt „8.3 Soziales und Senioren“

Antragsteller: 1. Kammer Bundesschiedsgericht

Antrag:

Der Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen,

1. „und Senioren“ in der Überschrift zu Punkt 8.3 „Soziales und Senioren“ zu streichen und

2. das Grundsatzprogramm der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ in Punkt 8.3 nach dem vierten Absatz („Wir treten ein für eine einheitlich bindende Gesetzesregelung bezüglich der Zuteilungsmodalitäten von Sozialwohnungen. Um die Gefahr willkürlicher Begünstigungen auszuschließen, ist der Anspruch regelmäßig zu überprüfen.)“ um folgenden Absatz zu ergänzen:

„Wir fordern ein niederschwelliges Angebot ärztlicher und tierärztlicher Versorgung für Obdachlose und andere Bedürftige wie z.B. Menschen ohne Wohnsitz und ehemals Selbstständige, die insolvent wurden, sowie ihrer Tiere. Zwar übernimmt das Sozialamt für Bedürftige die Krankheitskosten, dennoch weisen viele medizinische Einrichtungen diese Bedürftigen und auch ihre Tiere ab. Krankenhäuser müssen Obdachlose oder andere Unversicherte nur behandelt, wenn ein Notfall vorliegt. Diese Definition lässt aber viel Handlungsspielraum zu.

Da diese Behandlungen lediglich nach einfachem Satz der Gebührenordnung für Kassenleistungen abgerechnet werden dürfen, sind sie für die Leistungserbringer höchst unattraktiv. Alle Bedürftigen, die keine Krankenversicherung haben, sollen Zugang zu anonymen Krankenscheinen erhalten, welcher die Abrechnung erleichtern.

Da es von Tierärzt:innen nicht erwartet werden darf, unentgeltlich Leistungen zur Verfügung zu stellen, muss hierzu ein staatliches Budget eingerichtet werden oder ein flächendeckendes Netz von Tierärztlichen Mobilien etabliert werden."

Begründung:

Nach Zahlen des Statistischen Bundesamts aus dem Jahr 2016 leben in Deutschland rund 80.000 nicht krankenversicherte Personen und sind somit ohne Krankenversicherungsschutz. Obdachlose und illegale Immigranten sind in dieser

Statistik nicht mit aufgeführt.

Wie bereits im Text ausgeführt, gibt es insbesondere bei der Behandlung und Abrechnung der Leistungen erhebliche Probleme. Die Sozialämter bewilligen so gut wie keine Krankenhausanträge zur Kostenerstattung. Dabei müssen die Krankenhäuser sowohl die Bedürftigkeit, wie auch die Identität nachweisen. Das ist häufig viel zu kompliziert und aufwendig.

Damit muss sichergestellt werden, dass diese Menschen und ihre Tiere medizinisch behandelt werden, ohne abgewiesen werden zu dürfen. Durch das niederschwellige Angebot und die anonymen Krankenscheine kann dies so besser gewährleistet werden.

Sonnenbühl, 25.10.2024



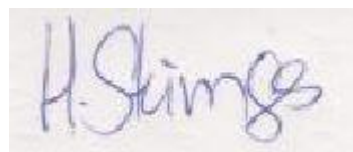
Bernhard Martin
- Vorsitzender -



Miruna Xenocrat
stellvertr. Vorsitzende



Arne Oellrich



Dr. Heidi Stümges



BUNDESSCHIEDSGERICHT

1. Kammer

Antrag an den 49. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrags: Ergänzung des Grundsatzprogramms unter „11.3 Rechtspolitik“

Antragsteller: 1. Kammer Bundesschiedsgericht

Antrag:

Der Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen,

das Grundsatzprogramm der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ in Punkt „11.3 Rechtspolitik“ nach dem fünften Absatz („Insbesondere dem sexuellen Missbrauch und der Misshandlung von Kindern ist entschiedener als bisher entgegenzutreten. Es muss die rechtliche Grundlage geschaffen werden, gefährliche Straftäter auch nach Verbüßung ihrer Strafe in Sicherheitsverwahrung zu nehmen.“)

um folgenden Absatz zu ergänzen:

„Wir fordern eine Novellierung des Strafrechts, dass es Menschen ermöglicht straffrei Leiden und Verstöße gegen das Tierschutzgesetz in Tierhaltungsbetrieben wie z.B. landwirtschaftlichen Betrieben, Zoos oder Tierversuchseinrichtungen zu dokumentieren“

Begründung:

Immer wieder gehen erschreckende Bilder z.B. aus Massentieranlagen, Tierversuchsanlagen oder Welpenvermehrern durch die Medien. In Fällen, in denen Strafanzeigen gestellt werden, könnte eine Strafbarkeit wegen z. B. Hausfriedensbruch vorliegen. Aktivisten:innen und Tierrechtler:innen, die diese Missstände aufdecken und dokumentieren müssen immer damit rechnen straf- oder auch zivilrechtlich belangt zu werden. Denn die Rechtsprechung ist nicht eindeutig und eine etwaige Straffreiheit steht im Ermessen des Gerichts. Die Gerichte hätten hier immer die Möglichkeit gemäß § 34 StGB als rechtfertigenden Notstand anzuwenden, wovon sie aber nicht Gebrauch machen müssen.

**PARTEI MENSCH
UMWELT
TIERSCHUTZ**
Tierschutzpartei

Bernhard Martin // Bolbergstraße 69 // 72820 Sonnenbühl

☎ 015678 615065

✉ bundesschiedsgericht@tierschutzpartei.de

Daher bedarf es einer klaren Gesetzesregelung. Aus diesem Grund ist im StGB ein eigener Tatbestand einzuführen, der eindeutig eine Straffreiheit für dies Tierrechtsaktivist:innen vorsieht. Dabei muss die Gefahr für das Tierwohl im Vordergrund stehen.

Sonnenbühl, 25.10.2024



Bernhard Martin
- Vorsitzender -



Miruna Xenocrat
stellvertr. Vorsitzende



Arne Oelrich



Dr. Heidi Stümges



Landesverband Bremen

Vorsitzender:

Dr. Marcel Krohn

26131 Oldenburg

Hundsmühler Str. 97 a

Mobil: 0178 4450544

Mail: marcel-krohn@tierschutzpartei.de

Tierschutzpartei, LV Bremen

Geschäftsstelle: M. Krohn, Hundsmühler Str. 97a, 26131 Oldenburg

**Bundesgeschäftsstelle der
Partei Mensch Umwelt Tierschutz**

25.10.24

Antrag an den 49. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Antragstitel: Präzisierung eines Passus im Grundsatzprogramm: Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Antragsteller: Vorstand des Landesverbandes Bremen

Antrag:

In Punkt 12.1 des Grundsatzprogramms „Außenpolitik allgemein“

wird der mit einem Aufzählungszeichen beginnende Teilsatz

„die Bundeswehr ausschließlich der Verteidigung und Friedenssicherung dient und nicht für Auslandseinsätze zur Verfügung steht,“

wie folgt präzisiert:

„die Bundeswehr ausschließlich der Verteidigung und Friedenssicherung dient und nicht für bewaffnete Auslandseinsätze zur Verfügung steht,“

Begründung: Einsätze der Bundeswehr im humanitären Bereich (z.B. Katastrophenhilfe) sollen möglich sein. Bewaffnete Einsätze sind wegen der sich daraus ergebenden Eskalationsgefahr jedoch strikt abzulehnen.

Für den Vorstand:

Marcel Krohn
Vorsitzender

Antrag an den 49. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrags: Schärfung der Inklusivität im sprachlichen Ausdruck des GSP

Antragsteller: Landesvorstand Baden-Württemberg

Antrag: Der Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen, das Grundsatzprogramm der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ Paragraf 7.3 anzupassen:

§ 7.3 LSBTTIQ

Die Begriffe "Transsexuelle" und "Intersexuelle" sollen aus dem GSP durch "Transgeschlechtlich" und "Intergeschlechtlich" ersetzt werden. Asexuelle / Aromantische Personen sollen inkludiert werden und der Begriff "LSBTTIQ" im GSP soll durch den etablierten Begriff "LGBTQIA+" oder "LSBTQIA+" ausgetauscht werden.

Unter 7.3.5 Reform des Trans- und Intersexuellenrechtes soll der Punkt "Förderung von Beratungsnetzwerken" konkretisiert werden: "... und Erschaffung von Weiterbildungsmöglichkeiten für Psychotherapeut*innen"

§ 7.3 nach der Änderung:

§7.3 LGBTQIA+ (Lesbische, schwule, bisexuelle, transgeschlechtlich, transgender, intergeschlechtlich, Asexuelle, Aromantische, queere Menschen)

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ spricht sich für die Gleichstellung von LGBTQIA+ Menschen (u.a. homosexuelle, bi- und pansexuelle, transgeschlechtlich, transgender, intergeschlechtlich, asexuelle, aromantische und queere Menschen) aus. Weder die sexuelle oder romantische Orientierung noch die geschlechtliche Identität dürfen ein Grund dafür sein, Menschen zu benachteiligen oder geringwertiger zu behandeln. In der Bundesrepublik Deutschland erfährt diese Gruppe jedoch immer noch Benachteiligungen oder sogar Diskriminierung. Dies geschieht nicht nur auf gesellschaftlicher Ebene, sondern auch auf gesetzgebender Ebene. Jedoch heißt es im Grundgesetz, dass

niemand wegen seiner Andersartigkeit benachteiligt oder bevorzugt werden darf (vgl. GG Art. 3 Abs. 3).

7.3.5 Reform des Trans- und Intersexuellenrechtes

[...]

- Förderung von Beratungsnetzwerken und Erschaffung von Weiterbildungsmöglichkeiten für Psychotherapeut*innen

[...]

Begründung:

Trans* und Inter* sind keine Sexualitäten oder Fetische, sondern Geschlechtsidentitäten und Lebensrealitäten. Asexuelle / Aromantische Personen werden sprachlich im GSP beachtet, allerdings nicht im Begriff "LSBTTIQ". International und auch hier ist der Begriff "LGBTQIA+" oder "LSBTQIA+" verbreitet und wird von Betroffenen als Selbstbezeichnung übernommen. Einen Eigenbegriff zu verwenden kann nach außen eine Deutungshoheit suggerieren. Noch dazu bietet das "+" eine Inkludierung von weiteren Personengruppen und Minderheiten, die im Geschlechterspektrum nicht der Norm entsprechen und alltäglich diskriminiert werden. Beratungsnetzwerke müssen von fähigen Psychotherapeut*innen geleitet werden. Diese Kompetenzen werden bisher noch nicht großflächig gelehrt und müssen zur Hilfe von Betroffenen einem Standard entsprechen, der ihnen hilft.



Vorsitzender (Bastian Röhms)



Vorsitzende (Miriam Broux)

Antrag an den 49. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

**Bezeichnung des Antrages: Beschlussfassung Grundsatzprogrammergänzung
Prostitution**

Antragsteller: Landesvorstand Baden-Württemberg

Antrag: Der Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz möge die folgende Ergänzung des Grundsatzprogramms unter Abschnitt 8 „Arbeits- und Sozialpolitik“ beschließen (Eingliederung in die Nummerierung in Abschnitt 8 soll die Programmkommission entscheiden):

Prostitution verstößt gegen die Menschenwürde und geht mit Menschenhandel und organisierter Kriminalität einher.

Die Partei spricht sich für die Einführung des sog. „nordischen Modells“ in Deutschland aus, d.h., die Profiteure des Systems (Freier, Zuhälter, Betreiber von Prostitutionsstätten, etc.) machen sich strafbar. Das nordische Modell gibt es bereits in Schweden, Norwegen, Frankreich und Irland.

Begründung:

- Der Kauf des Körpers eines anderen Menschen verstößt gegen die Menschenwürde.
- Mit der Legalisierung im Jahr 2001 haben sich die Arbeitsbedingungen im Gewerbe verschlechtert. Bereits 2007 bilanzierte das Familienministerium die Auswirkungen des Gesetzes: Die Liberalisierung habe "keine messbare tatsächliche Verbesserung der sozialen Absicherung von Prostituierten bewirken können".
- Eine EU-Studie kam bereits 2011 zu dem Ergebnis, dass das deutsche Prostitutionsgesetz den Menschenhandel fördert. Das Gesetz führe hierzulande mit einer steigenden Nachfrage zu einer Vergrößerung des Marktes, und damit steige auch die Nachfrage nach illegal eingeschleusten, meist sehr jungen Prostituierten, die unter unmenschlichen Bedingungen leben und arbeiten müssen.

- Prostitution ist kein Job wie jeder andere: Es gibt gravierende physische Folgen (z.B. chronische Unterleibsschmerzen, lokale Infektionen, bakterielle Entzündungen, Hepatitis, HIV, u.a.), als auch psychische Traumatisierungen. (Wolfgang Heide, Frauenarzt, Ehrenamtlicher Arzt der Beratungsstelle „Amalie“ Mannheim. Der vollständige Beitrag wurde unter Allgemein, Gewalt, Psychische und körperliche Auswirkungen, Wissenschaftliche Texte abgelegt am 5. Juni 2016 von Ingeborg Kraus)
- In vielen anderen europäischen Ländern ist das „nordische Modell“ bereits erfolgreich umgesetzt worden, so in Schweden, Norwegen, Frankreich und Irland.



Vorsitzender (Bastian Röhm)



Vorsitzende (Miriam Broux)



Antrag an den 49. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Antragsstellende: 12 Mitglieder gemäß § 11.1 a) der Bundessatzung

Antragstitel: Grundsatz-Programm-Punkte austauschen 7.3.3 Blutspende gegen "Stärkung von Regenbogenfamilien" und 7.3.5 Reform des Trans- und Intersexuellenrechtes gegen „Besonderer Schutz von trans*Personen“

„7.3.3 Blutspende“

Die Diskriminierung bei der Blutspende muss eingestellt werden: Bei schwulen bzw. bisexuellen Männern wird die Spende sofort abgelehnt, da diese als „Risikogruppe“ gelten. Dies ist diskriminierend, denn die sexuelle Orientierung sagt überhaupt nichts darüber aus, wie hoch das Risiko ist, dass jemand mit einer sexuell übertragbaren Krankheit infiziert ist. Entscheidend ist nämlich das Sexualverhalten und nicht die sexuelle Orientierung. Zudem wird jede Blutspende genau untersucht, womit festgestellt werden kann, ob dieses Blut gesund ist.

Neuer Punkt. 7.3.3 Blutspende wird ersetzt durch 7.3.3 Stärkung von Regenbogenfamilien

„7.3.3 Stärkung von Regenbogenfamilien“

Die Anzahl der Kinder, die in Regenbogenfamilien aufwachsen, ist signifikant. Regenbogenfamilien sind Familien, in denen mindestens ein Elternteil lesbisch, schwul, bisexuell, trans* bzw. intergeschlechtlich oder queer ist. Es ist essenziell, dass Regenbogenfamilien in ihrer Vielfalt als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität respektiert und rechtlich abgesichert werden.

Begründung: Es ist bereits erlaubt als homosexueller Mann Blut zu spenden, auch die intimen Fragen werden nicht mehr bei Spenden gestellt. Darum sollte dieser Punkt aus unserem Programm entfernt werden und gegen die "Stärkung von Regenbogenfamilien" ersetzt werden, damit wir von Bürger:innen auch richtig gedeutet werden und speziell bei queeren Verbänden und Netzwerken positiv auffallen. Es entspricht unseren Werten, die wir damit lediglich deutlicher sichtbar machen.

„7.3.5 Reform des Trans- und Intersexuellenrechtes“

Das Transsexuellengesetz (TSG) sollte ursprünglich Menschen die Möglichkeit bieten, in ihrer gefühlten Geschlechtsidentität leben zu können, auch wenn diese von ihrem anatomischen Geschlecht abweicht. Jedoch führt dieses Gesetz von 1981 zu unnötigen Schwierigkeiten für Betroffene, die sie psychisch oft erheblich belasten. Nachdem bereits diverse Aspekte des TSG vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden sind, ist eine Reform dringend notwendig. Zudem müssen Maßnahmen ergriffen werden, um der strukturellen Diskriminierung von Trans- und Intersexuellen entgegenzuwirken. Daher fordern wir:

- Aufhebung des TSG von 1981 als Sondergesetz und Integration notwendiger Regelungen in bestehendes Recht
- Anstelle des kostenpflichtigen gerichtlichen Verfahrensänderung des Vornamens und des Personenstandes auf Antrag beim Standesamt, basierend auf dem Selbstbestimmungsrecht der betreffenden Person



- Wegfall der für eine Vornamens- oder Personenstandsänderung im TSG geforderten psychologischen Gutachten, die Betroffene als stigmatisierend und entmündigend erleben
- Rechtliche Absicherung der Leistungspflicht der Krankenkassen
- Ausbau des Diskriminierungsschutzes und konsequenter Schutz der Privatsphäre
- Förderung von Beratungsnetzwerken
- Offizielle Erfassung und Abfrage des Geschlechts nur wenn unbedingt nötig; konsequente Umsetzung der Möglichkeit der unbestimmten Geschlechtsangabe in allen relevanten Gesetzen
- Vornamens- bzw. Personenstandsänderung sowie geschlechtsneutrale und geschlechtsgemischte Vornamen für intersexuelle Menschen ermöglichen
- Keine Operationen von Intersexuellen zur Herstellung von Geschlechtseindeutigkeit vor der Einwilligungsfähigkeit“

Neuer Punkt. „7.3.5 Reform des Trans- und Intersexuellenrechtes“ wird durch "7.3.5 Besonderer Schutz von trans*Personen“ ersetzt, mit den dazugehörigen Unterpunkten.

"7.3.5 Besonderer Schutz von trans*Personen“

Wir setzen uns insgesamt für Inklusion und Diversität ein, die Unterstützung von trans* Personen ist jedoch von besonders großer Bedeutung. Dabei ist der Aspekt der Intersektionalität (Mehrfachdiskriminierung) von entscheidender Relevanz. Die Erfahrungen und Herausforderungen, mit denen diese Menschen konfrontiert sind, sind einzigartig und verdienen es, gesehen und vor allem geschätzt zu werden.

7.3.5.1 Thematisierung von trans* in Schulen

Eine verstärkte Thematisierung von trans* Personen und ihren spezifischen Lebensrealitäten im Rahmen der schulischen Bildung ist erforderlich, um eine Sensibilisierung von Lehrkräften für die Belange trans*identer Schüler*innen zu fördern.

7.3.5.2 Schulungen für die Polizei zum sensiblen Umgang mit trans*Personen und trans*feindlicher Gewalt

Die Polizei ist in wiederholter Weise mit trans*feindlicher Gewalt konfrontiert. Dabei zeigt sich, dass trans*feindliche Gewalt von Polizist*innen unsensibel gehandhabt, nicht ausreichend verfolgt oder gar selbst verübt wird. Schulungen können dazu beitragen, dass die Polizei trans* Personen respektvoll begegnet und das Vertrauen trans* Personen in die Polizei gestärkt wird. Außerdem fordern wir eine trans* sensible Anlaufstelle bei der Polizei.

7.3.5.3 Maßnahmen zur Verbesserung der Situation trans* Personen im Bereich Arbeit und Beruf

Wir fordern eine Sensibilisierung und Aktivierung von Schlüsselpersonen in Betrieben. Wir schlagen vor, dass die genannten Schlüsselpersonen Fortbildungen zum Thema Transsexualität erhalten, um ihr Wissen zu erweitern und ihre Handlungskompetenz zu stärken. Des Weiteren wird die Auslage von Informations- und Aufklärungsmaterialien in jedem Betrieb gefordert, welche auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnitten sind.



7.3.5.4 Wir fordern Zugang zu trans*spezifischen nicht-medizinische Leistungen für Personen im Asylverfahren

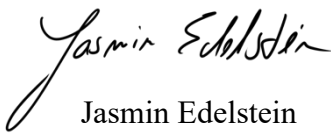
Darunter fallen z.B. Binder (medizinische Kompressionsshirts), Brust-, und Genitalepithesen.


7.3.5.5 Geschlechtergerechte Toiletten in öffentlichen Gebäuden

Toiletten in öffentlichen Gebäuden, die den gängigen Geschlechterstereotypen entsprechen, werden von vielen Menschen als diskriminierend und anfeindend erlebt. Binäre trans* Personen werden oft zurechtgewiesen und des Hauses verwiesen, wenn sie die Toilette entsprechend ihrer Geschlechtsidentität besuchen. Personen, die sich nicht im binären Geschlechtersystem wiederfinden, müssen auf jeder der beiden Toiletten mit Anfeindungen rechnen. Deshalb ist die Forderung nach geschlechtergerechten Toiletten in allen öffentlichen Gebäuden zu erheben.

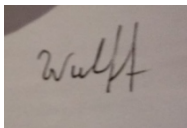
Begründung: Wir haben seit Feb. 24 das Selbstbestimmungsgesetz sinniger ist es diesen Neuen Punkt einzufügen der trans*Personen thematisch behandelt.

Unterschriften:

1. 
Jasmin Edelstein
Mitgliedsnr.: 12861

2. 
Martin Schiemenz
Mitgliedsnr: 13637

3. 
Lisa Nikutta
Mitgliedsnr: 13585

4. 
Robert Wulff
Mitgliedsnr: Mitglied hat seinen Ausweis verloren.



5.

Tjark Tennie

Mitgliednr: 14116

6.

Robert Gabel

Mitgliednr: 10188

7.

Kerstin Gädke

Mitglieds Nr: 14094

8.

Michael Gädke

Mitglieds Nr: 13878

9.

Martin Ullrich

Mitglieds Nr: 12905



10.

Diedrich Kleen

Mitgliedsnr: 12796

11.

Evgeni Kivman

Mitgliedernr: 10265

12.

Marcel Krohn

Mitgliedernr: 11552



Antrag an den 49. Bundesparteitag

S-01: "tierlich" statt "tierisch"

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*

SACHGEBIET: *Satzung*

KATEGORIE: *Hauptantrag*

BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/S-01)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, in allen Satzungsdocumenten, künftigen Wahlprogrammen, im Grundsatzprogramm sowie in allen Veröffentlichungen (z. B. auf der Webseite, auf Social-Media, in PMs) nicht mehr das Wort "tierisch" zu gebrauchen und stattdessen "tierlich" zu verwenden. Die Änderung an der Bundessatzung ist umgehend vorzunehmen:

Bundessatzung § 10.5 Nicht erstattungsfähig sind Auslagen für die Verköstigung mit **tierlichen** Produkten sowie Auslagen zur Anschaffung von besonders umweltschädlichen oder aus einer tieraussbeuterischen Produktion stammenden Materialien, wie beispielsweise nicht-vegane Gummibärchen oder Luftballons als Give-Aways.

BEGRÜNDUNG:

Als Pendant zu "menschlich" ist "tierlich" wertschätzender, während die Endung "-isch" oft abwertend konnotiert ist. Das Wort "tierlich" wird auch von Tierrechtsorganisationen verwendet und ist mit der Duden-Rechtschreibung konform.

Aktuelle Fassung (Bundessatzung):

*§10.5 Nicht erstattungsfähig sind Auslagen für die Verköstigung mit **tierischen** Produkten sowie Auslagen zur Anschaffung von besonders umweltschädlichen oder aus einer tieraussbeuterischen Produktion stammenden Materialien, wie beispielsweise nicht-vegane Gummibärchen oder Luftballons als Give-Aways.*

Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende

Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender

Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender

Antrag an den 49. Bundesparteitag

S-02: Streichung BAG PR & Wahlen in der Satzung

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*

SACHGEBIET: *Satzung*

KATEGORIE: *Hauptantrag*

BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/S-06)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, den §4.8c, §28.2 und Anhang 4 §10h der Bundessatzung zu streichen.

BEGRÜNDUNG:

Keine BAG wird in der Satzung genannt. Die Prozesse sind in der Realität andere. So werden Druckerzeugnisse nicht mit der BAG PR & Wahlen abgestimmt, sondern durchlaufen einen anderen Prozess. Zudem kann der Bundesvorstand selbstständig BAGs erschaffen und auflösen. Im Falle, dass die BAG zum Beispiel einen anderen Namen erhält, würde sie in der Satzung falsch heißen.

Aktueller Stand:

§ 4.8 Um eine angemessene Präsentation der Partei in der Öffentlichkeit zu gewährleisten, sind die Gebietsvorstände und ihre aktiven Mitglieder verpflichtet,

a) ihre Info-Stände und die grafische Gestaltung ihrer Druckerzeugnisse dem „Corporate Design“ der Partei (Partei-Logo, Geschäftspapiere, Werbemittel, Internetauftritt, Kommunikationsmittel usw.) weitgehend anzupassen,

b) bei ihrer Internet-Präsenz Mindeststandards bezüglich der Aktualität und der „Corporate Identity“ (Wiedererkennungswert im Erscheinungsbild der Web-Seiten) zu gewährleisten,

c) Druckerzeugnisse, die im Namen der Partei erstellt werden und/oder mit Partei-Logo versehen sind, mit der Bundesarbeitsgruppe „PR & Wahlen“ gemeinsam abzustimmen.

§ 28.2 Druckerzeugnisse, die im Namen der Partei erstellt werden und/oder mit Partei-Logo versehen sind, werden von der Bundesarbeitsgruppe „PR & Wahlen“ mit den jeweiligen Gebietsverbänden gemeinsam abgestimmt.



Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende



Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender



Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender

Antrag an den 49. Bundesparteitag

S-03: Protokoll des BPT

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*
SACHGEBIET: *Satzung*
KATEGORIE: *Hauptantrag*
BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/S-10)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, dass § 12.3 der Bundessatzung ersetzt wird durch:

"Die Protokolle sind unaufgefordert und spätestens 4 Wochen nach einem Bundesparteitag der Bundesgeschäftsstelle und dem Bundesvorstand zu übersenden. Eine „elektronische Unterschrift“ (Scan der Unterschrift als Bilddatei) genügt. Das Protokoll des Bundesparteitags wird spätestens zwei Monate nach Beendigung des jeweiligen Bundesparteitags an die Mitglieder versandt und in die Cloud der Partei geladen."

BEGRÜNDUNG:

Begründung: Mitglieder, die an einem Bundesparteitag nicht teilnehmen können, haben so die Möglichkeit, sich zeitnah nach dem Bundesparteitag über die Beschlüsse und Diskussionen zu informieren. Die Beschränkung auf JPG-Dateien sowie parteiinterne Anforderungen sind aufgehoben.

Aktuelle Fassung:

§ 12.3 Die Protokolle sind unaufgefordert und spätestens 4 Wochen nach einem Bundesparteitag der Bundesgeschäftsstelle und dem Parteipräsidium zu übersenden. Eine „elektronische Unterschrift“ (Unterschrift wird als JPG-Datei einkopiert) genügt den Partei-internen Anforderungen.


Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender


Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender

Antrag an den 49. Bundesparteitag

S-04: Trennung Programm- und Satzungskommission

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*

SACHGEBIET: *Satzung*

KATEGORIE: *Hauptantrag*

BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/S-18)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, die §§ 21 und 22 wie folgt neu zu formulieren:

§ 21 Programm- und Satzungskommission

§ 21.1 Eine Programm- **und eine** Satzungskommission sind jeweils auf Bundesebene einzurichten.

§ 21.2 Der Bundesvorstand bestimmt die Mitglieder und die Leitung sowie die stellvertretende Leitung **jeweils** der Programm- und **der** Satzungskommission. Die nachgeordneten Gebietsverbände sollen möglichst paritätisch vertreten sein.

§ 21.3 Der Bundesvorstand hat das Recht, Mitglieder der **beiden** Kommissionen bei berechtigten Gründen (mangelhafte Mitarbeit, fehlende Kompetenz usw.) zu entlassen.

§ 21.4 Die Bundesvorsitzenden gehören **jeweils** der Programm- und **der** Satzungskommission an.

§ 21.5 Den Mitgliedern der Programm- und **der** Satzungskommission kann eine symbolische Entschädigung für ihre Parteiarbeit – je nach der finanziellen Situation des Bundesverbandes – auf Beschluss des Bundesvorstandes gewährt werden, deren Höchstgrenze vom Bundesparteitag genehmigt werden muss.

§ 22 Die Aufgaben der Programm- und **der** Satzungskommission

§ 22.1 Die **Programmkommission** ist für die Aktualisierung und Komplettierung des Grundsatzprogramms zuständig, die **Satzungskommission** ist für die Aktualisierung und Komplettierung der Bundessatzung sowie - mit Ausnahme der Finanzordnung - der satzungsrelevanten Dokumente zuständig.

§ 22.2 Die Mitglieder der **Satzungskommission** müssen sachverständig (profunde Kenntnisse über das Parteiengesetz und der politischen Strukturen der

Bundesrepublik Deutschland) sein oder sich innerhalb einer angemessenen Frist sachkundig machen.

§ 22.3 Der Tierschutzteil des Grundsatzprogramms kann auf einem Bundesparteitag nur dann geändert werden, wenn diese Änderung insgesamt zu einer - über die bisherigen Forderungen hinausgehenden - Verbesserung für die Situation der Tiere führt.

§ 22.4 Die Mitglieder der **Satzungskommission** nehmen in beratender Funktion an der Erarbeitung und Fortschreibung von Landessatzungen teil. Die Landessatzungen dürfen der Bundessatzung in keinem Punkt widersprechen. Widersprechende Passagen sind unwirksam; es gelten die entsprechenden Bestimmungen der Bundessatzung.

§ 22.5 Die Programm- und **die** Satzungskommission **nehmen** Anregungen und Anträge von allen Organen der Partei und von allen Parteimitgliedern entgegen. **Ihnen** obliegt die vorläufige Entscheidung über die Einbeziehung der eingereichten Anregungen und Anträge in das Grundsatzprogramm bzw. in die Bundessatzung sowie in die satzungsrelevanten Ordnungen.

§ 22.6 Die Programm- und **die** Satzungskommission **können** sich **jeweils** eine Geschäftsordnung geben.

BEGRÜNDUNG:

Aktuell gibt es in der Satzung Passagen, in denen die beiden Kommissionen getrennt behandelt werden (§ 11.3, § 24.1) als auch solche, in denen von einer gemeinsamen Kommission ausgegangen wird. Diese Diskrepanz soll nun behoben werden zugunsten von zwei getrennten Kommissionen, da sie sehr unterschiedliche Aufgabenfelder aufweisen.

Aktueller Stand:

§ 21 Die Programm- und Satzungskommission

§ 21.1 Eine Programm- und Satzungskommission auf Bundesebene ist nach Möglichkeit einzurichten.

§ 21.2 Der Bundesvorstand bestimmt die Mitglieder und den Leiter sowie den stellvertretenden Leiter der Programm- und Satzungskommission. In der Programm- und Satzungskommission sollten die nachgeordneten Gebietsverbände möglichst paritätisch vertreten sein.

§ 21.3 Der Bundesvorstand hat das Recht, Mitglieder der Kommission bei berechtigten Gründen (mangelhafte Mitarbeit, fehlende Kompetenz usw.) zu entlassen.

§ 21.4 Die Bundesvorsitzenden gehören der Programm- und Satzungskommission an.

§ 21.5 Den Mitgliedern der Programm- und Satzungskommission kann eine symbolische Entschädigung für ihre Parteiarbeit – je nach der finanziellen Situation des Bundesverbandes – auf Beschluss des Bundesvorstandes gewährt werden, deren Höchstgrenze von der Finanzkommission sowie dem Rat der Landesvorstände empfohlen wird und vom Bundesparteitag genehmigt werden muss.

§ 22 Die Aufgaben der Programm- und Satzungskommission

§ 22.1 Die Programm- und Satzungskommission ist für die Ausarbeitung und Weiterführung (Aktualisierung und Komplettierung) des Grundsatzprogramms, der Bundessatzung sowie - mit Ausnahme der Finanzordnung - der satzungsrelevanten Ordnungen zuständig. Ihre Mitglieder sollten sachverständig (profunde Kenntnisse über das Parteiengesetz und der politischen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland) sein oder sich innerhalb einer angemessenen Frist sachkundig machen.

§ 22.2 Der Tierschutzteil des Grundsatzprogramms kann auf einem Bundesparteitag nur dann geändert werden, wenn diese Änderung insgesamt zu einer - über die bisherigen Forderungen hinausgehenden - Verbesserung für die Situation der Tiere führt.

§ 22.3 Die Programm- und Satzungskommission nimmt in beratender Funktion an der Erarbeitung und Fortschreibung von Landessatzungen teil. Die Landessatzungen dürfen der Bundessatzung in keinem Punkt widersprechen. Widersprechende Passagen sind unwirksam; es gelten die entsprechenden Bestimmungen der Bundessatzung.

§ 22.4 Die Programm- und Satzungskommission nimmt Anregungen und Anträge von allen Organen der Partei und von allen Parteimitgliedern entgegen. Ihr obliegt die vorläufige Entscheidung über die Einbeziehung der eingereichten Anregungen und Anträge in das Grundsatzprogramm bzw. in die Bundessatzung sowie in die satzungsrelevanten Ordnungen.

§ 22.5 Die Programm- und Satzungskommission gibt sich eine Geschäftsordnung.


Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender


Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender

Antrag an den 49. Bundesparteitag S-05: Letzte Mahnung

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*
SACHGEBIET: *Satzung*
KATEGORIE: *Hauptantrag*
BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/S-23)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt folgende Änderung des § 3.12 der Bundessatzung:

"§ 3.12 Wird bei einem Zahlungsverzug von über einem Jahr – trotz dreimaliger Mahnung durch die Bundesschatzmeisterei unter Angabe einer Frist und dem Hinweis auf den Verlust der Mitgliedschaft – der Beitragsrückstand nicht beglichen, erfolgt die Stornierung der Mitgliedschaft. Die Stornierung der Mitgliedschaft wird dem Mitglied in Schriftform per Einschreiben (falls eine gültige Post-Adresse vorhanden ist) durch die Bundesschatzmeisterei mitgeteilt. Falls es keine gültige Post-Adresse gibt, wird versucht, dem Mitglied die Stornierung auf anderem Wege mitzuteilen. Dafür wird ein zumutbarer Aufwand betrieben. Ist das Mitglied trotzdem nicht erreichbar oder legt es nicht innerhalb von 2 Wochen beim Bundesschiedsgericht der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ schriftlich Schiedsklage ein, ist die Kündigung wirksam. Im Falle einer Schiedsklage ruhen, bis zur Klärung durch die zuständigen Gremien (Bundesschiedsgericht, Landes- und Bundesvorstand), alle Rechte aus der Mitgliedschaft."

BEGRÜNDUNG:

Durch den Umzug der verschiedenen Mitgliederverwaltungssysteme haben einige (da sie nicht angeschrieben werden wollten) statt der Postadresse ein X, und ihre Adresse kann auch nicht mehr ermittelt werden. Zudem gibt es ja auch Post-Rückläufer. Diesen Mitgliedern müssen wir auch irgendwie satzungskonform kündigen können.

Wir haben auch noch über 160 Nichtzahlende im System, die zwar schon zweimal mit Frist angemahnt wurden und denen z.T. sogar schon ihr Austrittstermin mitgeteilt wurde (Oktober 2022), die aber nie das letzte finale Einschreiben mit der Kündigung erhielten und deshalb noch immer Mitglied sind (mit prinzipiell allen Rechten, aber ohne Beitrag zu zahlen). Vermutlich sind bei denen auch inzwischen einige Post-Adresse nicht mehr aktuell.

Aktueller Stand:

§ 3.12 „Wird bei einem Zahlungsverzug von über einem Jahr – trotz **zweimaliger Aufforderung** durch die Bundesschatzmeisterei unter Angabe einer Frist und dem Hinweis auf den Verlust der Mitgliedschaft – der Beitragsrückstand nicht beglichen, erfolgt die Stornierung der Mitgliedschaft **durch die Mitgliederverwaltung**. Die Stornierung der Mitgliedschaft wird dem Mitglied in Schriftform per Einschreiben durch die Mitgliederverwaltung mitgeteilt und ist wirksam, wenn nicht innerhalb von 2 Wochen beim Bundesschiedsgericht der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ schriftlich Einspruch eingelegt wird. Im Falle eines Einspruchs ruhen, bis zur Klärung durch die zuständigen Gremien (Bundesschiedsgericht, Landes- und Bundesvorstand), alle Rechte aus der Mitgliedschaft.“


Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender


Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender

Antrag an den 49. Bundesparteitag

S-06: Neustrukturierung der Bundesarbeitsgremien

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*
SACHGEBIET: *Satzung*
KATEGORIE: *Hauptantrag*
BEREITS EINGEREICHT: *Ja (48BPT/O-03-Ä1)*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen, die "Bundesarbeitskreise" (BAKs) in der Bundessatzung in "Parteiausschüsse" (PA) umzubenennen, neu zu definieren und Mitglieder der bestehenden BAKs neu zu verteilen (nach Annahme dieses Antrags wird die Mitarbeit in allen BAKs neu ausgeschrieben). Die Umbenennung erfolgt durch die Auswechslung des Begriffs "Bundesarbeitskreis" in allen grammatikalischen Formen gegen "Parteiausschuss" in §§ 1.2, 6.1, 9.2, 9.7, 11.3, 14.2, 24.1, 25, 25.1, 25.3, 25.4, 25.5, 25.6, 25.7, 25.8, 26, 26.1, 26.2, 26.4, 26.5 der Bundessatzung, §§ 10.3, 11.2 der Finanzordnung, § 11 des Anhang 3 der Finanzordnung, § 11.3 der Wahlordnung für die Wahl des Bundesvorstands, die Auswechslung des Begriffs "Arbeitskreis" in allen grammatikalischen Formen gegen "Parteiausschuss" in § 26.3 der Bundessatzung sowie die Auswechslung der Abkürzung "BAK" gegen "PA" in §§ 3a, 25 der Bundessatzung. Außerdem wird § 8.1 f) ersatzlos gestrichen und § 25.2 wie folgt neu formuliert:

§ 25.2 Der Bundesvorstand beschließt die Bildung, Umbenennung und Umstrukturierung von Parteiausschüssen, sofern dieser Beschluss innerhalb von einem Monat vom Rat der Landesvorstände per Beschluss bestätigt wird. Sollte der Rat der Landesvorstände keinen Beschluss dazu fassen oder den Beschluss des Bundesvorstands nicht bestätigen, gilt der Parteiausschuss als nicht gebildet, nicht umbenannt oder nicht umstrukturiert und ein entsprechender Beschluss zur Bildung, Umbenennung oder Umstrukturierung müsste durch den Bundesvorstand neu gefasst werden.

Die Neudefinition und Umstrukturierung wird im Übrigen zunächst wie folgt vorgenommen:

Themenbereich: Mensch

- PA Arbeits-, Wirtschafts- und Finanzpolitik
- PA Gesundheit, Bildung, Kultur und Soziales
- PA Außenpolitik
- PA Antifaschismus und Demokratie

- PA Queer und Gleichstellung

Themenbereich: Tier

- PA Praktischer Tierschutz, Haus- und Heimtiere
- PA Tierrechte und Veganismus
- PA Gegen Jagd und Fischerei
- PA Transformation

Themenbereich: Umwelt

- PA Arten- und Naturschutz
- PA Klimaschutz, Energie und Mobilität

BEGRÜNDUNG:

In der bisherigen Strukturierung von Bundesarbeitsgruppen (BAG) und Bundesarbeitskreisen (BAK) ist oftmals nicht gleich ersichtlich, ob es sich um eine BAG oder einen BAK handelt bzw. worin sich die beiden Arten unterscheiden. Damit sie zukünftig besser auseinandergehalten werden können, wird die Änderung der Bezeichnung der Bundesarbeitskreise vorgeschlagen. Die neue Namensgebung orientiert sich zudem näher am Parteiengesetz (in § 12 PartG ist von "Parteiausschüssen und ähnlichen Einrichtungen" die Rede) und macht deutlich, wofür diese Gremien stehen. Die Parteiausschüsse sollen aktiv an der politischen Ausrichtung der Partei beteiligt sein und für ihre Themengebiete spezifische Inhalte und Positionen erarbeiten. Dieser integrative Charakter wird durch die Bezeichnung "Ausschuss" stärker verdeutlicht.

Außerdem wird vorgeschlagen, ähnlich dem Hauptantrag die bisherigen BAKs neu zu strukturieren. Dafür wurden verschiedene übergeordnete Themen identifiziert, in passende Gruppen zusammengefügt und in die Themenbereiche Mensch, Umwelt und Tier eingegliedert.

Damit die Parteiausschüsse effektiv arbeiten können, wird vorgeschlagen, dass sie neu mit Mitgliedern besetzt werden. Dies soll verhindern, dass beispielsweise die Beschlussfähigkeit von Parteiausschüssen durch mehrere inaktive Mitglieder beeinträchtigt wird.

Zusätzlich wird die Kompetenz zur Bildung auf den Bundesvorstand und den Rat der Landesvorstände übertragen, sodass schneller auf nötige Anpassungen reagiert werden kann.


Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender


Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender

Übersicht der Parteiausschüsse

PA Arbeits, Wirtschafts- und Finanzpolitik

- BAK Arbeit und ökologische Wirtschaft

PA Gesundheit, Bildung, Kultur und Soziales

- BAK Bauen und Wohnen
- BAK Bildungspolitik
- BAK Gesundheit und Soziales
- BAK Kultur

PA Außenpolitik

- BAK Internationale Angelegenheiten
- BAK Menschenrechts-, Entwicklungs- und Asylpolitik
- BAK Nachhaltige Entwicklungspolitik, Artenschutz und Bildung in Entwicklungsländern

PA Antifaschismus und Demokratie

- BAK Tierschutzpartei gegen Rechts

PA Queer und Gleichstellung

- BAK LSBTTIQ

PA Arten- und Naturschutz

PA Klimaschutz, Energie und Mobilität

- BAK Umwelt- und Klimaschutz

PA Praktischer Tierschutz, Haus- und Heimtiere

- BAK Praktischer Tierschutz und Heimtiere
- BAK Stadttauben
- BAK Tiere in der Unterhaltungsbranche

PA Tierrechte und Veganismus

- BAK Veganismus/Tierrechte/Ethik
- BAK Tierversuche

PA Gegen Jagd und Fischerei

- BAK Jagd und Angeln
- BAK Meeresschutz

PA Transformation

Antrag an den 49. Bundesparteitag

S-07: Schaffung einer Ethikkommission

ANTRAGSTELLER*IN: *Bundesvorstand*

SACHGEBIET: *Satzung*

KATEGORIE: *Hauptantrag*

BEREITS EINGEREICHT: *Nein*

ANTRAGSTEXT:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, die §§ 21 und 22 der Bundessatzung wie folgt neu zu formulieren und unter § 6.1 j) der Bundessatzung den in Klammern geschriebenen Teil zu streichen:

§ 21 Programm-, Satzungs-, und Ethikkommission

§ 21.1 Eine Programm-, eine Satzungs- und eine Ethikkommission sind jeweils auf Bundesebene einzurichten.

§ 21.2 Der Bundesvorstand bestimmt die Mitglieder und die Leitung sowie die stellvertretende Leitung jeweils der Programm- und der Satzungskommission. Die nachgeordneten Gebietsverbände sollen möglichst paritätisch vertreten sein.

§ 21.3 Die Ethikkommission kann aus bis zu 20 Mitgliedern bestehen. Sie werden zur Hälfte durch den Bundesvorstand und zur Hälfte vom Rat der Landesvorstände bestimmt.

§ 21.4 Der Bundesvorstand hat das Recht, Mitglieder der Programm- und Satzungskommissionen bei berechtigten Gründen (mangelhafte Mitarbeit, fehlende Kompetenz usw.) zu entlassen. Mitglieder der Ethikkommission können nur bei berechtigten Gründen durch das Gremium entlassen werden, welches sie bestimmt hat.

§ 21.5 Den Mitgliedern der Programm-, der Satzungs- und der Ethikkommission kann eine symbolische Entschädigung für ihre Parteiarbeit – je nach der finanziellen Situation des Bundesverbandes – auf Beschluss des Bundesvorstandes gewährt werden, deren Höchstgrenze vom Bundesparteitag genehmigt werden muss.

§ 22 Die Aufgaben der Programm-, der Satzungs- und der Ethikkommission

§ 22.1 Die Programmkommission ist für die Aktualisierung und Komplettierung des Grundsatzprogramms zuständig, die Satzungskommission ist für die Aktualisierung und Komplettierung der Bundessatzung sowie - mit Ausnahme der Finanzordnung - der satzungsrelevanten Dokumente zuständig und die Ethikkommission ist für die Definition ethischer Leitsätze innerhalb der Partei sowie für die Unterstützung bei der in Erarbeitung politischer und programmatischer Positionen hinsichtlich ethischer Fragestellungen zuständig.

§ 22.2 Die Mitglieder der Satzungskommission müssen sachverständig (profunde Kenntnisse über das Parteiengesetz und der politischen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland) sein oder sich innerhalb einer angemessenen Frist sachkundig machen.

§ 22.3 Der Tierschutzteil des Grundsatzprogramms kann auf einem Bundesparteitag nur dann geändert werden, wenn diese Änderung insgesamt zu einer - über die bisherigen Forderungen hinausgehenden - Verbesserung für die Situation der Tiere führt.

§ 22.4 Die Mitglieder der Satzungskommission nehmen in beratender Funktion an der Erarbeitung und Fortschreibung von Landessatzungen teil. Die Landessatzungen dürfen der Bundessatzung in keinem Punkt widersprechen. Widersprechende Passagen sind unwirksam; es gelten die entsprechenden Bestimmungen der Bundessatzung.

§ 22.5 Die Mitglieder der Ethikkommission können von Parteiausschüssen angerufen und für die fachliche Unterstützung bei den zu behandelnden Themen in Bezug auf ethische Fragestellungen zu Rate gezogen werden. Sie sollen Objektivität und Integrität bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wahren und einen Ethikkodex erarbeiten, mithilfe dessen ethische Grundsätze definiert und Handlungen innerhalb der Partei bewertet werden können.

§ 22.6 Die Programm-, die Satzungs- und die Ethikkommission nehmen Anregungen und Anträge von allen Organen der Partei und von allen Parteimitgliedern entgegen. Ihnen obliegt die vorläufige Entscheidung über die Einbeziehung der eingereichten Anregungen und Anträge in das Grundsatzprogramm bzw. in die Bundessatzung sowie in die satzungsrelevanten Ordnungen.

§ 22.7 Die Programm-, die Satzungs- und die Ethikkommission können sich jeweils eine Geschäftsordnung geben.

BEGRÜNDUNG:

Eine Ethikkommission kann dabei helfen, die programmatischen Positionen der Partei zu verbessern, indem sie die Parteiausschüsse fachlich bei der Erarbeitung unterstützt und dadurch ethische Grundsätze besser beachtet und implementiert werden können. Die Streichung der expliziten Nennungen der Kommissionen auf Bundesebene in der Satzung wird nur aus redaktionellen Gründen vorgeschlagen und hat keinen Einfluss auf den Inhalt dieses Paragraphen.


Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)
Bundesvorsitzender


Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender



Antrag an den
49. Bundesparteitag
23./24. November 2024
der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ
- Tierschutzpartei -

Antragstellend (zutreffendes markieren und ggf. spezifizieren):

Bundes- vorstand	Gebiets- vorstand	Rat der Landes- vorstände	mind. 10 Mitglieder	Mitglieder- versammlung	Schieds- gericht	Initiativ- antrag
X						

Betrifft (zutreffendes markieren und ggf. spezifizieren):

Bundes- satzung	Bundes- finanz- ordnung	Bundes- schieds- ordnung	Wahl- ordnungen	GO zum BPT	Grundsatz- programm	Wahlpro- gramm	Sonstiges
X							

Titel des Antrags:	Gründung von BAKs vereinfachen
--------------------	--------------------------------

Antragstext:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, § 8.1 f) der Bundessatzung zu streichen und folgenden Passus in der Bundessatzung zu ändern:

Neue Fassung:

§ 25.2 Der **Bundesparteitag** Bundesvorstand beschließt für bestimmte Sachgebiete **in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit** gemäß dieser Satzung die Bildung von Arbeitskreisen auf Bundesebene (Bundesarbeitskreise).

Begründung: Um die Arbeit der Bundesarbeitskreise flexibler und effektiver zu gestalten, ist es notwendig, die Gründung beim Bundesvorstand anzusiedeln.

Aktuelle Fassung:

§ 8.1 Die Aufgabe des Bundesparteitages, Sonderparteitages oder des Delegiertenparteitages ist die Beschlussfassung über:

[...]

f) die Bildung von Bundesarbeitskreisen,

[...]

§ 25.2 Der Bundesparteitag beschließt für bestimmte Sachgebiete in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gemäß dieser Satzung die Bildung von Arbeitskreisen auf Bundesebene.


Namen, Unterschriften und Mitgliedsnummern:



Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)

Bundesvorsitzender



Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender



**Antrag an den
49. Bundesparteitag
23./24. November 2024
der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ
- Tierschutzpartei -**

Antragstellend (zutreffendes markieren und ggf. spezifizieren):

Bundes- vorstand	Gebiets- vorstand	Rat der Landes- vorstände	mind. 10 Mitglieder	Mitglieder- versammlung	Schieds- gericht	Initiativ- antrag
X						

Betrifft (zutreffendes markieren und ggf. spezifizieren):

Bundes- satzung	Bundes- finanz- ordnung	Bundes- schieds- ordnung	Wahl- ordnungen	GO zum BPT	Grundsatz- programm	Wahlpro- gramm	Sonstiges
X							

Titel des Antrags:	Wahlprüfsteine
---------------------------	-----------------------

Antragstext:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, einen neuen § 14.28 Bundessatzung einzufügen:

„Der Bundesvorstand beschließt über die Antworten zu bundesweiten und nicht kandidierendenspezifischen Wahlprüfsteinen und Wahlempfehlungstools zu Bundestags- und EU-Wahlen. Das Gleiche gilt entsprechend für die Gebietsvorstände und Landtags- sowie Kommunalwahlen, soweit die entsprechende Gebietsverbandssatzung oder Beschlüsse dazu nichts anderes bestimmen. Der Bundesvorstand hat nach erfolgter Anhörungsmöglichkeit des Landesvorstands ein Veto-Recht, insofern die Beantwortungen dem Grundsatzprogramm, Bundesparteitagsbeschlüssen oder bundesweiten Wahlprogrammen widersprechen. Das Veto-Recht wird durch einfache Mehrheit im Bundesvorstand festgestellt und führt zur formalen Aufforderung, die Beantwortung anzupassen, und bei Nichtbefolgung zur Möglichkeit einer öffentlichen Distanzierung von der Beantwortung.“

Begründung:

Bei sich widersprechenden Positionierungen muss es die Möglichkeit geben, dass die Partei in der Öffentlichkeit einheitlich auftritt. Sollte es durch landesspezifische Besonderheiten nicht sinnvoll sein, sind Ausnahmen jedoch zuzulassen. Gibt es Gründe für Abweichungen von der bundesweiten Beschlusslage, so ist eine Anhörung zu organisieren oder die bundesweite Beschlusslage auf ordentlichem Wege zu ändern. Für nicht lösbare Konflikte muss die Bundespartei die Möglichkeit einer Distanzierung umsetzen können.

Namen, Unterschriften und Mitgliedsnummern:



Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)

Bundesvorsitzender



Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender



**Antrag an den
49. Bundesparteitag
23./24. November 2024
der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ
- Tierschutzpartei -**

Antragstellend (zutreffendes markieren und ggf. spezifizieren):

Bundes- vorstand	Gebiets- vorstand	Rat der Landes- vorstände	mind. 10 Mitglieder	Mitglieder- versammlung	Schieds- gericht	Initiativ- antrag
X						

Betrifft (zutreffendes markieren und ggf. spezifizieren):

Bundes- satzung	Bundes- finanz- ordnung	Bundes- schieds- ordnung	Wahl- ordnungen	GO zum BPT	Grundsatz- programm	Wahlpro- gramm	Sonstiges
X							

Titel des Antrags:	Festlegung BPT
--------------------	----------------

Antragstext:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, dass der § 10.5 a) der Bundessatzung

„Die Terminsetzung und die Einberufung des Bundesparteitages und etwaiger Sonderparteitage obliegen dem Bundesvorstand. Die Einladung hat mit einer Frist von mindestens 3 Wochen zu erfolgen. Der Einladung werden die vorläufige Tagesordnung, die weiteren relevanten Unterlagen und das Protokoll des vorangegangenen Bundesparteitages beigelegt.“

ersetzt wird durch

„Termin und Ort des nächsten ordentlichen Bundesparteitags sollen auf jedem ordentlichen Bundesparteitag von den stimmberechtigten Mitgliedern durch einfache Mehrheit festgelegt und unverzüglich auf der Internetseite sowie im Intranet der Partei an gut auffindbarer Stelle inklusive Hinweisen aller satzungsgemäßen Fristen für Bundesparteitage veröffentlicht werden. Termin und Ort für Sonderparteitage sowie für ordentliche Bundesparteitage, wenn kein Beschluss durch den vorherigen Bundesparteitag getroffen wurde, werden vom Bundesvorstand beschlossen. Die offizielle Einladung hat jeweils mit einer Frist von mindestens 3 Wochen zu erfolgen.“

Der Einladung werden die vorläufige Tagesordnung, sowie als Internetlink die Anträge und weiteren relevanten Unterlagen sowie das Protokoll des vorangegangenen Bundesparteitages beigelegt.“

Begründung:

Eine längerfristige Planung erlaubt Mitgliedern, gegebenenfalls Urlaub für den Tag vor oder nach dem BPT zu beantragen, z.B. wenn eine Teilnahme am BPT eine längere Reise erfordert.

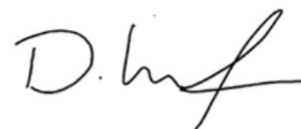
Namen, Unterschriften und Mitgliedsnummern:



Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende


Bernd Kriebel (12511)

Bundesvorsitzender



Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender

Antrag an den 49. Bundesparteitag
der PARTEI MENSCH UMWELT
TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrages:
Wahlprüfsteine

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, einen neuen § 14.28
Bundessatzung einzufügen:

„Der Bundesvorstand beschließt über die Antworten zu
bundesweiten und nicht kandidierendenspezifischen
Wahlprüfsteinen und Wahlempfehlungstools zu Bundestags-
und EU-Wahlen. Das Gleiche gilt für Landesvorstände und
Landtagswahlen in ihrem jeweiligen Bundesland, soweit die
entsprechende Landessatzung dazu nichts anderes bestimmt.“

Begründung:

Bei sich widersprechenden Positionierungen muss es die
Möglichkeit geben, dass die Partei in der Öffentlichkeit
einheitlich auftritt.



Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende
11886

Bernd Kriebel
Bundesvorsitzender
12511

Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender
13882



Landesverband Bremen

Vorsitzender:

Dr. Marcel Krohn

26131 Oldenburg

Hundsmühler Str. 97 a

Mobil: 0178 4450544

Mail: marcel-krohn@tierschutzpartei.de

Tierschutzpartei, LV Bremen

Geschäftsstelle: M. Krohn, Hundsmühler Str. 97a, 26131 Oldenburg

Bundesgeschäftsstelle der Partei Mensch Umwelt Tierschutz

25.10.2024

Antrag an den 49. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Antragstitel: Kompetenzerweiterung des Rats der Landesvorstände

Antragsteller: Vorstand des Landesverbandes Bremen

Antrag:

§ 18.1 der Bundessatzung wird wie folgt geändert:

Der Rat der Landesvorstände hat die Aufgabe, die Entwicklung und Zusammenarbeit der Landesverbände zu fördern. Zudem übt er eine Kontroll- und Konsultativfunktion gegenüber dem Bundesvorstand aus. Er trägt zur Entscheidung über die grundlegende Strategie, über Wahlteilnahmen und über Kampagnen bei. Der Rat der Landesvorstände hat ein Vetorecht gegenüber allen Beschlüssen des Bundesvorstands, welche die Landesverbände betreffen. Wird ein Veto eingelegt, sind Bundesvorstand und Rat der Landesvorstände angehalten, eine Konsenslösung zu erarbeiten. Sollte dies scheitern, entscheidet auf einer gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Rat der Landesvorstände die relative Mehrheit der Stimmen aller abstimmungsberechtigten Gremienmitglieder.

Bisherige Version:

Der Rat der Landesvorstände hat die Aufgabe, zusammen mit dem Bundesvorstand über die grundlegende Strategie und die Ziele sowie über Kampagnen und Aktionen zu entscheiden und bei grundlegenden Fragen, die Satzung, satzungsrelevante Ordnungen und Parteiprogramm betreffen, stimmberechtigt mitzuwirken.

Zudem wird in § 3.4 der Satz

„Der Bundesvorstand hat das Recht, gegen die Entscheidung eines Landesvorstands innerhalb von vierzehn Tagen ein Veto einzulegen, das nicht mehr zurückgewiesen werden kann.“

geändert in:

„Der Bundesvorstand hat das Recht, gegen die Entscheidung eines Landesvorstands innerhalb von vierzehn Tagen ein Veto einzulegen, das einzig durch den Rat der Landesvorstände zurückgewiesen werden kann.“

Begründung: Die Änderungen betreffen eine Kontroll- und Konsultativfunktion des Rates der Landesvorstände gegenüber dem Bundesvorstand, damit der Rat aktiv an der Entscheidung über grundlegende Strategien, Ziele sowie Kampagnen und Aktionen beteiligt ist und bei zentralen Fragen, die Satzung, Ordnungen und Parteiprogramme betreffen, stimmberechtigt mitwirkt. Das neu eingeführte Vetorecht sorgt dafür, dass die Stimme der Landesverbände bei wichtigen Entscheidungen wie Mitgliederaufnahmen stärker gewichtet wird.

Für den Vorstand:

A handwritten signature in black ink, reading "Marcel Krohn". The script is cursive and fluid, with the first name "Marcel" and the last name "Krohn" clearly distinguishable.

Marcel Krohn
Vorsitzender

Satzungsänderungsantrag an den 49. Bundesparteitag (23./24. November 2024)

der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ - Tierschutzpartei

Antragsstellende: zwei Vorsitzende des Landesvorstands NRW gemäß § 11.1 a) der Bundessatzung

Antragstitel: Stärkung der Mitbestimmung der Landesvorstände bei der Mitgliederaufnahme

Der Bundesparteitag möge beschließen, Paragraph 3.4 a) der Bundessatzung

(„§ 3.4 a) Die Mitgliedschaft wird schriftlich per Online-Antrag, per E-Mail oder per Post bei der Partei beantragt. Die Mitgliederverwaltung prüft die Mitgliedsanträge und leitet sie innerhalb von einer Woche nach Antragseingang an den für den Erstwohnsitz des Antragstellers zuständigen Landesvorstand weiter. Sie kann eine Empfehlung zur Aufnahme oder zur Ablehnung aussprechen. Spricht sie eine Empfehlung zur Ablehnung aus, muss sie auch den Bundesvorstand informieren. Der zuständige Landesvorstand entscheidet – unter Berücksichtigung der §§ 3.1, 3.2 und 3.3 – danach innerhalb von 7 Tagen über die Aufnahme oder Ablehnung des Antragstellers. In begründeten Ausnahmefällen kann die Entscheidungsfrist in Absprache mit der Mitgliederverwaltung auf bis zu einen Monat verlängert werden. Der zuständige Landesvorstand teilt seine Entscheidung unverzüglich der Mitgliederverwaltung mit. Im Falle der Ablehnung eines Mitgliedsantrags durch den zuständigen Landesverband informiert dieser unter Angabe von Gründen schriftlich und unverzüglich die Mitgliederverwaltung, die den Vorgang ebenfalls unverzüglich zur Entscheidung an den Bundesvorstand weiterleitet. Der Bundesvorstand hat das Recht, gegen die Entscheidung eines Landesvorstands innerhalb von vierzehn Tagen ein Veto einzulegen, das nicht mehr zurückgewiesen werden kann. Geht innerhalb der Frist keine Rückmeldung des zuständigen Landesvorstands bei der Mitgliederverwaltung ein und hatte die Mitgliederverwaltung zuvor eine Aufnahme empfohlen, gilt die Aufnahme als bestätigt und wird zeitnah formal durch die Mitgliederverwaltung vollzogen. Die Ablehnung eines Antrags muss dem Antragsteller gegenüber nicht begründet werden. Für Landesverbände ohne handlungsfähigen Landesvorstand trifft der Bundesvorstand die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung eines Aufnahmeantrags. Die Mitgliederverwaltung hat die Pflicht, dem Antragsteller seine Aufnahme oder Ablehnung spätestens innerhalb von sieben Tagen nach endgültiger Beschlussfassung mitzuteilen. Im Falle der Aufnahme nimmt die Mitgliederverwaltung die Eintragung in die Mitgliederliste unverzüglich vor. Das gesamte Prozedere der Aufnahme oder Ablehnung darf nicht längere Zeit als acht Wochen ab Antragseingang in Anspruch nehmen.“)

zu streichen und durch folgende Formulierung zu ersetzen (in Anführungszeichen):

„(„§ 3.4 a) Die Mitgliedschaft wird schriftlich per Online-Antrag, per E-Mail oder per Post bei der Partei beantragt. Die Mitgliederverwaltung prüft die Mitgliedsanträge und leitet sie innerhalb von einer Woche nach Antragseingang an den für den Erstwohnsitz des Antragstellers zuständigen Landesvorstand weiter. Sie kann eine

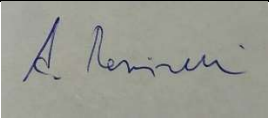

Empfehlung zur Aufnahme oder zur Ablehnung aussprechen. Spricht sie eine Empfehlung zur Ablehnung aus, muss sie auch den Bundesvorstand informieren. Der zuständige Landesvorstand entscheidet – unter Berücksichtigung der §§ 3.1, 3.2 und 3.3 – danach innerhalb von 7 Tagen über die Aufnahme oder Ablehnung des Antragstellers. In begründeten Ausnahmefällen kann die Entscheidungsfrist in Absprache mit der Mitgliederverwaltung auf bis zu einen Monat verlängert werden. Der zuständige Landesvorstand teilt seine Entscheidung unverzüglich der Mitgliederverwaltung mit. Im Falle der Ablehnung eines Mitgliedsantrags durch den zuständigen Landesverband informiert dieser unter Angabe von Gründen schriftlich und unverzüglich die Mitgliederverwaltung, die den Vorgang ebenfalls unverzüglich zur Entscheidung an den Bundesvorstand weiterleitet.

Der Bundesvorstand hat das Recht, gegen die Entscheidung eines Landesvorstands innerhalb von vierzehn Tagen mit einer qualifizierten Dreiviertelmehrheit der Bundesvorstandsmitglieder ein Veto einzulegen, das nicht mehr zurückgewiesen werden kann. Geht innerhalb der Frist keine Rückmeldung des zuständigen Landesvorstands bei der Mitgliederverwaltung ein und hatte die Mitgliederverwaltung zuvor eine Aufnahme empfohlen, gilt die Aufnahme als bestätigt und wird zeitnah formal durch die Mitgliederverwaltung vollzogen. Die Ablehnung eines Antrags muss dem Antragsteller gegenüber nicht begründet werden. Für Landesverbände ohne handlungsfähigen Landesvorstand trifft der Bundesvorstand die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung eines Aufnahmeantrags. Die Mitgliederverwaltung hat die Pflicht, dem Antragsteller seine Aufnahme oder Ablehnung spätestens innerhalb von sieben Tagen nach endgültiger Beschlussfassung mitzuteilen. Im Falle der Aufnahme nimmt die Mitgliederverwaltung die Eintragung in die Mitgliederliste unverzüglich vor. Das gesamte Prozedere der Aufnahme oder Ablehnung darf nicht längere Zeit als acht Wochen ab Antragseingang in Anspruch nehmen.“)

Begründung:

Ein Vetorecht des Bundesvorstandes ist grundsätzlich wichtig, um beispielsweise die Unterwanderung der Partei in einem Bundesland zu verhindern. Allerdings schränkt dieses Vetorecht auch die Rechte und die Entscheidungsgewalt der Landesverbände erheblich ein. Die vom Landesvorstand geführten Vorgespräche, die mit Aufwand geführte Diskussion innerhalb des Landesvorstandes und die nachfolgende Abstimmung im Landesvorstand über einen diskussionsbedürftigen oder mit der Empfehlung zur Ablehnung übermittelten Mitgliedsantrag wird durch ein Veto in keiner Weise auf Bundesebene gewürdigt. Auch kommt es gelegentlich wegen fehlender Nähe zum antragsstellenden Mitglied zu Fehlentscheidungen des Bundesvorstands bzgl. der Ablehnung eines Mitgliedsantrags. Daher sollte nur in Ausnahmefällen und bei im Bundesvorstand gesamtheitlich eindeutigen Ansichten vom Vetorecht Gebrauch gemacht werden und sich damit über die Entscheidung des Landesvorstandes hinweggesetzt werden dürfen. Eine qualifizierte Mehrheit der Bundesvorstandsmitglieder mit Quorum von 75% bezweckt dieses. Aus diesen Gründen beantragt der Landesvorstand NRW die o.a. Satzungsänderung.

Für den Landesvorstand NRW nach Beschluss die Vorsitzenden:

Name	Mitgliedsnummer	Unterschrift
		
Angelika Remiszewski	10950	
		
Bastian Cornau	13755	



**PARTEI MENSCH
UMWELT TIERSCHUTZ**
Tierschutzpartei

Antrag an den 49. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrags: Änderungen und Ergänzungen des § 3.4 - § 3.16 der Bundessatzung

Antragsteller:innen: Landesvorstand Berlin gemäß § 11.1 a) der Bundessatzung

Anmerkung: Die aktuelle Fassung der Bundessatzung ist in **roter Schrift** dargestellt. Sie wird durch die Formulierungen in **grüner Schrift** ersetzt oder ergänzt.

Antrag: Der Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen, dass:

1.) der § 3.4 mit folgendem Text

§ 3.4

a) Die Mitgliedschaft wird schriftlich per Online-Antrag, per E-Mail oder per Post bei der Partei beantragt. Die Mitgliederverwaltung prüft die Mitgliedsanträge und leitet sie innerhalb von einer Woche nach Antragseingang an den für den Erstwohnsitz des Antragstellers zuständigen Landesvorstand weiter. Sie kann eine Empfehlung zur Aufnahme oder zur Ablehnung aussprechen. Spricht sie eine Empfehlung zur Ablehnung aus, muss sie auch den Bundesvorstand informieren. Der zuständige Landesvorstand entscheidet – unter Berücksichtigung der §§ 3.1, 3.2 und 3.3 – danach innerhalb von 7 Tagen über die Aufnahme oder Ablehnung des Antragstellers. In begründeten Ausnahmefällen kann die Entscheidungsfrist in Absprache mit der Mitgliederverwaltung auf bis zu einen Monat verlängert werden. Der zuständige Landesvorstand teilt seine Entscheidung unverzüglich der Mitgliederverwaltung mit. Im Falle der Ablehnung eines Mitgliedsantrags durch den zuständigen Landesverband informiert dieser unter Angabe von Gründen schriftlich und unverzüglich die Mitgliederverwaltung, die den Vorgang ebenfalls unverzüglich zur Entscheidung an den Bundesvorstand weiterleitet. Der Bundesvorstand hat das Recht, gegen die Entscheidung eines Landesvorstands innerhalb von vierzehn Tagen ein Veto einzulegen, das nicht mehr zurückgewiesen werden kann. Geht innerhalb der Frist keine Rückmeldung des zuständigen Landesvorstands bei der Mitgliederverwaltung ein und hatte die Mitgliederverwaltung zuvor eine Aufnahme empfohlen, gilt die Aufnahme als bestätigt und wird zeitnah formal durch die Mitgliederverwaltung vollzogen. Die Ablehnung eines Antrags muss dem Antragsteller gegenüber nicht begründet werden.

Für Landesverbände ohne handlungsfähigen Landesvorstand trifft der Bundesvorstand die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung eines Aufnahmeantrags.

Die Mitgliederverwaltung hat die Pflicht, dem Antragsteller seine Aufnahme oder Ablehnung spätestens innerhalb von sieben Tagen nach endgültiger Beschlussfassung mitzuteilen. Im Falle der Aufnahme nimmt die Mitgliederverwaltung die Eintragung in die Mitgliederliste unverzüglich vor. Das gesamte Prozedere der Aufnahme oder Ablehnung darf nicht längere Zeit als acht Wochen ab Antragseingang in Anspruch nehmen.



**PARTEI MENSCH
UMWELT TIERSCHUTZ**
Tierschutzpartei

- b) Die Mitgliedschaft tritt in Kraft, sobald das Mitglied in die Mitgliederliste eingetragen worden ist. Die erste Beitragszahlung hat bei Mitgliedern ohne Lastschriftzug oder, wenn dies vom Bundesvorstand beschlossen und auf dem Mitgliedsantrag kommuniziert wird, innerhalb von zwei Wochen nach Beitrittszusage (Ausweiszustellung) ohne weitere Aufforderung zu erfolgen. Ansonsten wird der erste Beitrag wie alle folgenden eingezogen. Für den Einzug, die Erfassung der Beträge sowie alle sonstigen finanziellen Angelegenheiten ist die Bundesschatzmeisterei zuständig.
- c) Der Bundesvorstand kann jede natürliche Person in die Mitgliederverwaltung berufen und sie wieder abberufen. Der Bundesvorstand ernennt die Leitung der Mitgliederverwaltung. Die Leitung der Mitgliederverwaltung legt in Absprache mit den anderen Mitgliedern in der Mitgliederverwaltung die Aufgabenverteilung und die Abläufe fest.
- d) Wird eine Tätigkeit, Mitgliedschaft oder Unterstützung entsprechend § 3.3 d) festgestellt, so ist der Antrag grundsätzlich abzulehnen. Liegt diese Mitgliedschaft, Zugehörigkeit oder Tätigkeit mehr als drei Jahre zurück, so ist eine Mitgliedschaft nach einer einjährigen Probemitgliedschaft möglich.
- e) Die antragstellende Person hat zum Zeitpunkt der Antragstellung die Pflicht, die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ wahrheitsgemäß über frühere und bestehende Unterstützung oder Mitgliedschaft nach § 3.2, § 3.3 c) und ihr bekannte Unvereinbarkeiten gemäß § 3.3 d) in Kenntnis zu setzen. Kam sie dieser Pflicht nicht nach, liefert sie damit einen ausreichenden Grund für ein Ordnungsmaßnahmen bis zum Parteiausschluss gemäß Parteiengesetz § 10 Abs. 4 i. V. m. § 3.8 dieser Satzung.

durch folgenden Text ersetzt wird,

§ 3.4 Zu Mitgliedsanträgen gelten folgende Bestimmungen:

- a) Mitgliedsanträge können schriftlich per Online-Antrag, E-Mail oder Post gestellt werden.
- b) Die Mitgliederverwaltung führt eine Vorprüfung der Mitgliedsanträge durch und leitet die Mitgliedsanträge innerhalb von einer Woche nach Antragseingang an den für den Erstwohnsitz der/des Antragstellenden zuständigen Landesvorstand weiter. Sie kann eine Empfehlung zur Aufnahme oder Ablehnung aussprechen. Spricht sie eine Empfehlung zur Ablehnung aus, muss sie auch den Bundesvorstand informieren.
- c) Der zuständige Landesvorstand entscheidet innerhalb von zwei Wochen unter Berücksichtigung von § 3.1, § 3.2 und § 3.3 über die Annahme oder Ablehnung des Mitgliedsantrags. In begründeten Ausnahmefällen kann die Entscheidungsfrist in Absprache mit der Mitgliederverwaltung auf bis zu 28 Tagen verlängert werden. Der zuständige Landesvorstand teilt die Entscheidung schriftlich und unverzüglich der Mitgliederverwaltung mit. Im Falle der Ablehnung eines Mitgliedsantrags durch den zuständigen Landesverband informiert dieser unter Angabe von Gründen schriftlich und unverzüglich die Mitgliederverwaltung, die den Vorgang ebenfalls unverzüglich zur Entscheidung an den Bundesvorstand weiterleitet.
- d) Der Bundesvorstand hat das Recht, gegen die Entscheidung eines Landesvorstands innerhalb von vierzehn Tagen ein Veto einzulegen, welches nicht mehr zurückgewiesen werden kann. Ein Veto des Bundesvorstands wird mit absoluter



**PARTEI MENSCH
UMWELT TIERSCHUTZ**
Tierschutzpartei

- Mehrheit beschlossen. Der Bundesvorstand muss die Entscheidung über ein Veto unverzüglich unter Angabe von Gründen dem zuständigen Landesvorstand mitteilen.
- e) In diesem Fall muss der Bundesvorstand diese Entscheidung unverzüglich unter Angabe von Gründen dem zuständigen Landesvorstand mitteilen.
 - f) Geht die Entscheidung des zuständigen Landesvorstands nicht innerhalb der in § 3.4 c) angegebenen Frist bei der Mitgliederverwaltung ein und hatte die Mitgliederverwaltung zuvor eine Aufnahme empfohlen, gilt die Aufnahme als bestätigt und wird zeitnah formal durch die Mitgliederverwaltung vollzogen. Hatte die Mitgliederverwaltung keine Aufnahme empfohlen, trifft der Bundesvorstand die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Mitgliedsantrags.
 - g) Für Landesverbände ohne handlungsfähigen Landesvorstand trifft der Bundesvorstand die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Mitgliedsantrags.
 - h) Die Mitgliederverwaltung teilt der/dem Antragstellenden die Aufnahme oder Ablehnung innerhalb von einer Woche nach endgültiger Beschlussfassung mit.
 - i) Im Falle einer Aufnahme nimmt die Mitgliederverwaltung unverzüglich die Eintragung in die Mitgliederdatenbank vor.
 - j) Wird eine Tätigkeit, Mitgliedschaft oder Unterstützung entsprechend § 3.3 d) festgestellt, so ist der Antrag grundsätzlich abzulehnen. Liegt diese Mitgliedschaft, Zugehörigkeit oder Tätigkeit mehr als drei Jahre zurück, so ist eine Mitgliedschaft nach einer einjährigen Probemitgliedschaft möglich.
 - k) Das gesamte Prozedere der Annahme oder Ablehnung eines Mitgliedsantrags darf nicht länger als acht Wochen ab Antragseingang in Anspruch nehmen.

2.) ein § 3.5 wie folgt ergänzt wird,

§ 3.5 Die Mitgliedschaft tritt in Kraft, sobald das Mitglied in die Mitgliederdatenbank eingetragen worden ist. Die erste Beitragszahlung hat bei Mitgliedern ohne Lastschriftinzug oder, wenn dies vom Bundesvorstand beschlossen und auf dem Mitgliedsantrag kommuniziert wird, innerhalb von zwei Wochen nach Beitrittszusage (Ausweiszustellung) ohne weitere Aufforderung zu erfolgen. Ansonsten wird der erste Beitrag wie alle folgenden eingezogen. Für den Einzug, die Erfassung der Beträge sowie alle sonstigen finanziellen Angelegenheiten ist die Bundesschatzmeisterei zuständig.

3.) ein § 3.6 wie folgt ergänzt wird,

§ 3.6 Der Bundesvorstand kann jede natürliche Person in die Mitgliederverwaltung berufen und sie wieder abberufen. Der Bundesvorstand ernennt die Leitung der Mitgliederverwaltung. Die Leitung der Mitgliederverwaltung legt in Absprache mit den anderen Mitgliedern in der Mitgliederverwaltung die Aufgabenverteilung und die Abläufe fest.

4.) ein § 3.7 wie folgt ergänzt wird,

§ 3.7 Für Falschangaben oder vorsätzlich nicht getätigte entscheidungsrelevante Angaben im Zuge des Mitgliedsantrags gelten folgende Regelungen:



**PARTEI MENSCH
UMWELT TIERSCHUTZ**
Tierschutzpartei

- a) Die/der Antragstellende hat zum Zeitpunkt der Antragstellung die Pflicht, die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ wahrheitsgemäß über frühere und bestehende Unterstützung oder Mitgliedschaft nach § 3.2, § 3.3 c) und ihr bekannte Unvereinbarkeiten gemäß § 3.3 d) in Kenntnis zu setzen. Geschieht dies nicht, können entsprechende Ordnungsmaßnahmen bis hin zum Parteiausschluss gemäß Parteiengesetz § 10 Abs. 4 i. V. m. § 3.7 b) dieser Satzung erfolgen.
- b) Das Bundesschiedsgericht kann auf Antrag des zuständigen Landesvorstands sowie des Bundesvorstand die bereits vollzogene Aufnahmeentscheidung jederzeit widerrufen, insofern im Antragsformular oder an anderer Stelle vorsätzlich falsche Angaben gemacht oder entscheidungsrelevante Umstände verschwiegen wurden.

5.) der § 3.8 mit folgendem Text

§ 3.8 Bereits vollzogene Aufnahmeentscheidungen können im Falle vorsätzlich falscher Angaben oder des Verschweigens entscheidungsrelevanter Umstände im Antragsformular oder an anderer Stelle auf Antrag des zuständigen Landesvorstands oder des Bundesvorstands durch das Bundesschiedsgericht jederzeit widerrufen werden.

durch folgenden Text ersetzt wird,

§ 3.8 Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Stornierung nach § 3.9, Ausschluss, Widerruf nach § 3.7 b) oder Tod. Ein Austritt muss schriftlich gegenüber der Mitgliederverwaltung per E-Mail oder Briefpost erklärt werden, kann jederzeit erfolgen und bedarf keiner Begründung. Die Pflicht zum Entrichten des Mitgliedsbeitrags entfällt ab (einschließlich) dem Tag der Wirksamkeit des Austritts. Die Pflicht zum Entrichten des Mitgliedsbeitrags für den vorherigen Zeitraum bleibt unberührt. Die noch nicht ausgeglichene Beitragsschuld ist zeitnah nach dem Austritt entsprechend der gewählten Zahlungsart durch Lastschrift oder Überweisung zu begleichen.

6.) ein § 3.9 wie folgt ergänzt wird,

§ 3.9 Wird bei einem Zahlungsverzug von über einem Jahr – trotz dreimaliger Mahnung durch die Bundesschatzmeisterei unter Angabe einer Frist und dem Hinweis auf den Verlust der Mitgliedschaft – der Beitragsrückstand nicht beglichen, erfolgt die Stornierung der Mitgliedschaft durch die Mitgliederverwaltung. Die Stornierung der Mitgliedschaft wird dem Mitglied in Schriftform per Einschreiben (falls eine gültige Post-Adresse vorhanden ist) durch die Bundesschatzmeisterei mitgeteilt. Falls es keine gültige Post-Adresse gibt, wird versucht, dem Mitglied die Stornierung auf anderem Wege mitzuteilen. Dafür wird ein zumutbarer Aufwand betrieben. Ist das Mitglied trotzdem nicht erreichbar oder legt es nicht innerhalb von zwei Wochen beim Bundesschiedsgericht der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ schriftlich Einspruch ein, ist die Kündigung wirksam. Im Falle eines Einspruchs ruhen, bis zur Klärung durch die zuständigen Gremien (Bundesschiedsgericht, Landes- und Bundesvorstand), alle Rechte aus der Mitgliedschaft.



**PARTEI MENSCH
UMWELT TIERSCHUTZ**
Tierschutzpartei

7.) der § 3.10 mit folgendem Text

§ 3.10 a) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt nach § 3.10 b), Stornierung nach § 3.12, Ausschluss, Widerruf nach § 3.8 oder Tod.

b) Der Austritt kann jederzeit erfolgen, muss schriftlich gegenüber der Mitgliederverwaltung per E-Mail oder Briefpost erklärt werden und bedarf keiner Begründung. Die Pflicht zum Entrichten eines Mitgliedsbeitrages entfällt ab (einschließlich) dem Tag der Wirksamkeit des Austritts; die Pflicht zum Entrichten des Mitgliedsbeitrages für den vorherigen Zeitraum bleibt unberührt. Die noch nicht ausgeglichene Beitragsschuld ist zeitnah nach dem Austritt entsprechend der gewählten Zahlungsart durch Lastschrift oder Überweisung zu begleichen.

durch folgenden Text ersetzt wird,

§ 3.10 Änderungen der personenbezogenen Daten von Mitgliedern sind durch das Mitglied selbst schriftlich und unverzüglich der Mitgliederverwaltung mitzuteilen. Hierzu zählen Änderungen des Namens, der Anschrift und der Bankverbindung.

8.) ein § 3.11 wie folgt ergänzt wird,

§ 3.11 Alle Mitglieder eines untergeordneten Gebietsverbandes (z. B. Kreisverband) sind automatisch auch Mitglieder des übergeordneten Gebietsverbandes (z. B. Landesverband). Ein Mitglied eines Gebietsverbandes (z. B. Bundesverband) darf nicht gleichzeitig Mitglied in zwei verschiedenen untergeordneten Gebietsverbänden (z. B. zwei verschiedenen Landesverbänden) sein, es sei denn, einer dieser Verbände ist dem anderen untergeordnet (z. B. ein Landesverband und ein dazugehöriger Kreisverband). Ein Mitglied gehört in der Regel allen Gebietsverbänden an, in denen es ihren/seinen ersten Wohnsitz hat. Bei einem Umzug erfolgt in der Regel entsprechend eine neue Zuordnung der Gebietsverbände. Auf Antrag des Mitglieds kann es in eine andere vertikale Kette von Gebietsverbänden aufgenommen werden bzw. trotz Umzuges dort verbleiben, wenn die Vorstände aller Gebietsverbände dieser Kette, in denen es (nach dem Umzug) nicht ihren/seinen ersten Wohnsitz hat, zustimmen.

9.) der § 3.12 mit folgendem Text

§ 3.12 Wird bei einem Zahlungsverzug von über einem Jahr – trotz zweimaliger Aufforderung durch die Bundesschatzmeisterei unter Angabe einer Frist und dem Hinweis auf den Verlust der Mitgliedschaft – der Beitragsrückstand nicht beglichen, erfolgt die Stornierung der Mitgliedschaft durch die Mitgliederverwaltung. Die Stornierung der Mitgliedschaft wird dem Mitglied in Schriftform per Einschreiben durch die Mitgliederverwaltung mitgeteilt und ist wirksam, wenn nicht innerhalb von 2 Wochen beim Bundesschiedsgericht der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ schriftlich Einspruch eingelegt wird. Im Falle eines Einspruchs ruhen, bis zur Klärung durch die zuständigen Gremien (Bundesschiedsgericht, Landes- und Bundesvorstand), alle Rechte aus der Mitgliedschaft.



**PARTEI MENSCH
UMWELT TIERSCHUTZ**
Tierschutzpartei

durch folgenden Text ersetzt wird,

§ 3.12 Der Bundesverband kann Persönlichkeiten, die sich in herausragender Weise für Menschen, Tiere oder Umwelt verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen. Über die Ernennung entscheidet der Bundesparteitag mit 2/3-Mehrheit.

10.) der § 3.13, § 3.14 und § 3.16 gestrichen wird und

§ 3.13 Umzüge von Mitgliedern sind umgehend der Mitgliederverwaltung mitzuteilen.

§ 3.14 a) Die Mitgliedschaft in der Tierschutzpartei ist gleichbedeutend mit der Mitgliedschaft im Bundesverband der Tierschutzpartei. Alle Mitglieder von zu einem übergeordneten Gebietsverband (z. B. Landesverband) untergeordneten Gebietsverbänden (z. B. Kreisverbänden) haben zwingend auch eine Mitgliedschaft in diesem übergeordneten Gebietsverband. Ein Mitglied eines Gebietsverbandes (z. B. Bundesverbandes) darf nicht gleichzeitig Mitglied in zwei verschiedenen ihm untergeordneten Gebietsverbänden (z. B. zwei verschiedenen Landesverbänden) Mitglied sein, wenn nicht einer dieser beiden dem anderen untergeordnet ist (wie das z. B. bei einem Landesverband und einem ihm untergeordneten Kreisverband der Fall wäre).

b) Ein Mitglied gehört in der Regel allen Gebietsverbänden an, in denen es seinen ersten Wohnsitz hat, und wird bei Umzügen in der Regel entsprechend neu zugeordnet. Auf Antrag des Mitglieds kann es in eine andere vertikale Kette von Gebietsverbänden aufgenommen werden bzw. trotz Umzuges dort verbleiben, wenn die Vorstände aller Gebietsverbände dieser Kette, in denen es (nach seinem Umzug) nicht seinen ersten Wohnsitz hat, zustimmen.

§ 3.16 Der Bundesverband kann Persönlichkeiten, die sich in herausragender Weise für Menschen, Tiere oder Umwelt verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen. Über die Ernennung entscheidet der Bundesparteitag mit 2/3-Mehrheit.

11.) der § 14.15 mit folgendem Text

§ 14.15 Der Bundesvorstand fasst seine Beschlüsse mit relativer Mehrheit.

durch folgenden Text ersetzt wird,

§ 14.15 Der Bundesvorstand fasst seine Beschlüsse mit relativer Mehrheit, sofern an anderer Stelle dieser Satzung keine abweichenden Regelungen vorgesehen sind.

Begründung:

Großteile des § 3 der aktuellen Bundessatzung sind kompliziert, unverständlich und unstrukturiert geschrieben. Durch Umstrukturierung und besser verständliche Formulierungen wird jedem Mitglied die Möglichkeit gegeben, den § 3 der Bundessatzung und vor allem die Abläufe in der Mitgliedsaufnahme einfacher zu verstehen und nachzuvollziehen.



**PARTEI MENSCH
UMWELT TIERSCHUTZ**
Tierschutzpartei

Die Frist zur Prüfung von Mitgliedsanträgen durch die Landesvorstände wird um eine Woche verlängert, um weniger aktiven Landesvorständen die Möglichkeit zu geben, trotzdem eine Entscheidung über Aufnahme oder Ablehnung von potenziellen Mitgliedern zu treffen. Häufig lassen sich die Antragstellenden auch gar nicht innerhalb einer Woche kontaktieren. So wird den Landesvorständen die Möglichkeit genommen sich ein umfassendes Bild der/des Antragstellenden zu machen. Gleichzeitig wird die Dauer einer Fristverlängerung verkürzt, sodass die Mitgliedsaufnahme insgesamt, auch bei einer Fristverlängerung, nicht mehr Zeit in Anspruch nimmt, als dies in der aktuellen Satzung vorgesehen ist.

Weiterhin wurde das Veto-Recht des Bundesvorstands in § 3.4 dahingehend geändert, dass dieser eine Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung eines Mitgliedsantrags durch den zuständigen Landesvorstand nur mit einer Dreiviertelmehrheit überstimmen kann. Der Bundesvorstand muss die Landesvorstände zwingend unter Angabe von Gründen über das Veto informieren. Besonders zu Anfangszeiten dieser Regelung soll der Austausch bestenfalls über Videokonferenzen oder Telefonate erfolgen, damit die Gründe des Bundesvorstands gut kommuniziert werden.

Einige Mitglieder waren postalisch nicht mehr erreichbar (z.B. durch Umzug) und konnten so im Falle von wiederholt nicht gezahlten Mitgliedsbeiträgen nicht gekündigt werden. Durch eine Satzungsänderung im § 3.9 ist dies nun möglich.

Weiterhin wurden Fehler in der Nummerierung der Paragraphen behoben. Beispielsweise folgt in der aktuellen Satzung auf den § 3.4 der § 3.8, dann 3.10, dann 3.12 usw.).

Die männliche Form des "Antragstellers" wurde zu der geschlechtsneutralen Bezeichnung der/des Antragstellenden verändert.

Martin Ullrich
Landesvorsitzender
Mitgliedsnr. 12905

Nico Poschinski
Landesgeneralsekretär
Mitgliedsnr. 13833

Antrag an den 49. Bundesparteitag
der PARTEI MENSCH UMWELT
TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrages:
Nachrückung in den Bundesvorstand

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Der 49. Bundesparteitag beschließt, in § 7 b) Satz 6
Bundeswahlordnung Teil A folgende Änderungen vorzunehmen:

1. Die Worte „Satz 2 bzw. 4“ werden durch „Satz 3 bzw. 5“ ersetzt.
2. Die Worte „sind die Kandidierenden“ werden durch „sind davon die Kandidierenden“ ersetzt.
3. Die Worte „es rücken“ werden gestrichen und stattdessen wird vor das Wort „entsprechend“ das Wort „rücken“ eingefügt.
4. Hinter „zwischen dem Bundesparteitag“ werden ein Komma, dahinter die Worte „auf dem diese Wahl stattfand (frühestens dem Bundesparteitag am 5./6. Oktober 2024)“ und dahinter ein Komma eingefügt.
5. Die Worte „und dem folgenden Bundesparteitag“ werden durch „und der folgenden Nachwahl oder Neuwahl von Beisitzer:innen“ ersetzt.

Begründung:

Kandidierende für den Bundesvorstandsbeisitz, die eine absolute Mehrheit der Stimmen erhalten haben, aber trotzdem zu wenige Stimmen erhalten haben, kommen auf eine Nachrücker:innenliste. Falls nicht alle Nachrücker:innen bis zur nächsten Wahl von Bundesvorstandsbeisitzer:innen nachgerückt sind, wird die bisherige Nachrücker:innenliste gelöscht, weil dann ohnehin neue Nachrücker:innen gewählt werden und sich auch die bisherigen Nachrücker:innen wieder bewerben können.

Die bisherige Regelung sorgt allerdings dafür, dass die Nachrücker:innenliste auf dem nächsten Bundesparteitag automatisch gelöscht wird, selbst wenn dort keine neue Wahl von Beisitzer:innen stattfindet. Durch die Änderung Nr. 5 soll dies in Zukunft verhindert werden. Durch die Änderung Nr. 4 soll klargestellt werden, dass auch beim 49. Bundesparteitag

die bisherige Nachrücker:innenliste, falls sie dann noch nicht leer ist, nicht gelöscht werden soll.

Des Weiteren sind die Änderung Nr. 1 die Korrektur eines Verweisfehlers und die Änderungen Nr. 2 und 3 sollen die Sprache der Regelung verbessern.



Paula Lopez Vicente
Bundesvorsitzende
11886



Bernd Kriebel
Bundesvorsitzender
12511

Dennis Landgraf
Bundesvorsitzender
13882

Anhang

Alte Version von § 7 b) Bundeswahlordnung Teil A (Satz 6 fett):

„Die Wahl der Beisitzer:innen erfolgt ebenfalls in geheimer Wahl, jedoch als Blockwahl. Die Wahlberechtigten können maximal so viel Stimmen vergeben, wie es Kandidierende gibt (maximal eine Stimme pro kandidierender Person). Wer im ersten Wahldurchgang der Blockwahl die absolute Mehrheit bekommt, ist gewählt. Sind nach dem ersten Blockwahldurchgang noch Beisitzer:innen- Positionen offen und stimmt eine einfache Mehrheit des Bundesparteitages dafür, erfolgt ein zweiter Wahldurchgang, der ebenfalls als Blockwahl abzuhalten ist, bei dem jedoch die bereits Gewählten nicht mehr antreten. Wer von den nun noch Antretenden im zweiten Wahldurchgang die absolute Mehrheit erhält, ist gewählt. **Gelten mehr Kandidierende nach Satz 2 bzw. 4 gewählt, als es zu besetzende Positionen gibt, sind die Kandidierenden mit den meisten Stimmen gewählt und es rücken die verbleibenden Kandidierenden entsprechend der absteigenden Reihenfolge ihrer Stimmenzahl nach, sobald zwischen dem Bundesparteitag und dem folgenden Bundesparteitag Positionen der Beisitzer:innen frei werden.** Haben mehrere Kandidierende die gleiche Stimmenzahl, entscheidet bei der Besetzung der Beisitzer:innenpositionen und beim Nachrückverfahren das Los.“

Neue Version von § 7 b) Satz 6 Bundeswahlordnung Teil A:

„Gelten mehr Kandidierende nach Satz 3 bzw. 5 gewählt, als es zu besetzende Positionen gibt, sind davon die Kandidierenden mit den meisten Stimmen gewählt und die verbleibenden Kandidierenden rücken entsprechend der absteigenden Reihenfolge ihrer Stimmenzahl nach, sobald zwischen dem Bundesparteitag, auf dem diese Wahl stattfand (frühestens dem Bundesparteitag am 5./6. Oktober 2024), und der folgenden Nachwahl oder Neuwahl von Beisitzer:innen Positionen der Beisitzer:innen frei werden.“